Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die zweite Julihälfte 15 000.— Mk. Einzelverkaufspr. 1200 Mk.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 2200.— Mark, auswärtige 2500.— Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 1800 Mk., für Reklamen 9000.— Mk.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf 926 nur Geschäftsstelle 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 173. Freitag, 27. Juli 1923. 30. Jahrgang.

Markverfall und Finanzen.

Die schwankenden Geldverhältnisse machen immer erneute Aenderungen der Steuergesetzgebung notwendig. Daß sie bei den Besitzsteuern und bei der Einziehung von Verbrauchssteuern nicht schnell und ausreichend genug vorgenommen wurden, ist die Ursache für die gewaltige Entwertung dieser Steuern und für den lächerlichen Verfall der Reichsfinanzen. Umgekehrt aber wirkt die Geldentwertung bei dem Lohnabzug. Er steigt, wenn die Mark fällt und der Reallohn sinkt. Hier bedarf es also ebenfalls sehr häufiger Aenderungen der gesetzlichen Bestimmungen, um zu verhüten, daß auf dem gesunkenen Reallohn eine stärkere Steuerlast ruht.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist in diesem Sinne unablässig tätig gewesen. Als in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres der Dollar von 300 im Juli auf 7000 im Dezember stieg, stieg im gleichen Maße sowohl die absolute wie die relative Belastung des Lohneinkommens durch den Steuerabzug. Die steuerfreien Beträge blieben trotz der Bemühungen der Sozialdemokraten fünf Monate lang unverändert. Selbst bei gering bezahlten Arbeitern, Angestellten und Beamten ergab sich dadurch im Dezember 1922 ein Steuerabzug in Höhe von 9 bis 9½ Prozent. Mit Recht erzeugte das große Erbitterung. Seit dieser Zeit hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dafür gesorgt, daß die steuerfreien Beträge mit jeder Geldentwertungsperiode heraufgesetzt werden. Solche Aenderungen sind erfolgt für Januar, für März, für Juni, für Juli und jetzt für August.

Das positive Ergebnis dieser Arbeit, das nur dem unablässigen Drängen der Sozialdemokratie zu danken ist, besteht in der Tatsache, daß der Lohnabzug, der auf über 9 Prozent angestiegen war, jetzt auf 5 bis 6 Prozent herabgedrückt worden ist.

War im Juli bei einem verheirateten Steuerpflichtigen mit zwei Kindern ein Einkommen bis zu 1 420 000 Mk. steuerfrei, so ist für den Monat August dieser Betrag auf 5 680 000 Mk. festgesetzt worden. Bei einem verheirateten Steuerpflichtigen mit vier Kindern war im Juli steuerfrei 2 200 000 Mk., im August werden 8 880 000 Mk. steuerfrei sein. Da das gegenwärtige Einkommen eines mittleren Arbeiters, Angestellten oder Beamten auf den Monat berechnet zwischen vier und fünf Millionen Mark beträgt, so ist ersichtlich, daß bei langsamem Steigen der Geldentwertung der Lohnabzug im August sehr gering sein würde. Leider ist mit einer solchen Entwicklung kaum zu rechnen. Immerhin ist gegenüber dem früheren Zustand noch ein großer Fortschritt zu verzeichnen. Die Berücksichtigung der Geldentwertung bei dem Steuerabzug erfolgte im Vorjahre nachträglich. Das unablässige Drängen der Sozialdemokratie hat erreicht, daß jetzt die Geldentwertung, soweit man sie mit einiger Sicherheit voraussehen kann, vorausschauend berücksichtigt wird.

Aber auch sonst ist die Einwirkung der Sozialdemokratie auf die Steuergesetzgebung unverkennbar. Ohne die Sozialdemokratie und ohne ihren unablässigen Kampf gegen das Steuerunrecht und gegen die Gefahren zerrütteter Finanzen wären die Zustände auf diesem Gebiete zweifellos noch trostloser, als sie gegenwärtig sind. Es ist eine ebenso bedauerliche wie feststehende Tatsache, daß in allen bürgerlichen Parteien und bei allen bürgerlichen Staatsmännern das finanzielle Verantwortungsgefühl gegenüber dem Staat entweder völlig fehlt oder außerordentlich gering ist. Die Notenpresse als bequemste Art der Steuererhebung ist in diesen Kreisen so beliebt, wie in den Massen der Bevölkerung verhaßt und gefürchtet. Daß sich jetzt langsam ein Umschwung vollzieht und die Stimmen aus dem bürgerlichen Lager immer zahlreicher werden, die in der Wilhelmstraße die größte Gefahr für den Ruhrkampf sehen, ist vor allem auf den Kampf der Sozialdemokratie zurückzuführen. Wie ein roter Faden zieht sich durch die Wirtschafts- und Finanzgesetzgebung Deutschlands die Beobachtung, daß in allen Fällen sozialdemokratische Vorschläge zuerst heftig bekämpft, dann allmählich sachlich beurteilt, schließlich aber doch, wenn auch unzulänglich, stückweise und verspätet, durchgeführt werden. Die Erfassung der Sachwerte, deren Richtigkeit und Notwendigkeit jetzt selbst Stresemann anerkennen muß, das Prinzip wertbeständiger Steuern und wertbeständiger Anleihen, die jetzt ja auch kommen werden, sind einige Beispiele dafür.

Aber auch die bisherige Steuergesetzgebung zeigt Spuren des sozialdemokratischen Einflusses. Welch ungeheurer Betrug ist mit der ersten Zwangsanleihe verübt worden. Eine Milliarde Gold sollte sie bringen und gebracht hat sie einige Dutzend Millionen. Bei dem Brotversorgungsgesetz, für das die Zwangsanleihe wiederholt worden ist, hat es nicht an Versuchen gefehlt, diesen Betrug zu wiederholen. Das ist verhindert worden. Die Zwangsanleihe ist das erste wertbeständige Besitzsteuergesetz. Durch die Bestimmung, daß die Höhe der Zwangsanleihe sich richtet nach den jeweiligen Roggenpreisen muß am 1. August jeder Zwangsanleihepflichtige den zehnfachen Betrag zahlen statt des dreifachen, der nach den Beschlüssen des Reichstages im Juni als erste Halbjahrsrate zu zahlen wäre.

Auch bei der Einkommensteuer der Veranlagungspflichtigen ist eine geringe Besserung unverkennbar. Durch die letzten Beschlüsse des Reichstages muß am 15. August als Vorauszahlung der 25fache Betrag gezahlt werden. Dieser Satz ist zwar völlig unzulänglich. Bei den leistungsfähigsten Kreisen, den Sachwertbesitzern, bleibt er weiter hinter ihrer Einkommenssteigerung zurück. Aber auch hier mußte doch das Prinzip anerkannt werden, das noch im März dieses Jahres beim Geldentwertungsgesetz von allen bürgerlichen Parteien und von der Regierung bekämpft worden ist.

Bisher ist auch noch die Forderung der Sozialdemokratie nach sofortiger Bereinigung der Reichsfinanzen und Finanzierung des Ruhrkampfes durch Besitzsteuern unerfüllt. Die zahlungsfähigen Kreise des Bürgertums sträuben sich mit allen Kräften dagegen. Solche Lasten seien für die Wirtschaft unerträglich, jammern sie. Dabei denken sie bei „Wirtschaft" nur an sich selbst. Denn auch jetzt werden die ungeheuren Ansprüche des Reiches für sachliche und persönliche Ausgaben von der Wirtschaft aufgebracht. Aber dank der Notenpresse von den Aermsten der Armen, statt von den Reichsten und den Reichen. Dieser Zustand muß geändert werden. Und zwar mit der allergrößten Beschleunigung. Wird nicht im Laufe der nächsten Wochen — bis zum Herbst, wie die Regierung will, ist keine Zeit — durch die schärfste Anspannung der Besitzsteuern dafür gesorgt, daß die Steuereinnahmen des Reiches zur Bestreitung der Ausgaben ausreichen, so wird es einen Halt für die Mark überhaupt nicht mehr geben.

Unser Abstand von Oesterreich war lange Zeit hindurch neun Monate. Oesterreich haben wir längst eingeholt, seine Valuta und die von Polen sind „Edelvaluta" für uns geworden. Von Rußland trennte uns früher ein Riesenabstand. Aber Havenstein, Helfferich und Hermes brauchen die Hoffnung nicht aufzugeben. Wird das gegenwärtige Tempo bei uns beibehalten, dann werden sie bald erreicht haben, daß Deutschland auch Rußland geschlagen hat. Vom 25. Juli 1922 bis zum 25. Juli 1923 hat sich die deutsche Mark um das 900fache verschlechtert. Da gegenwärtig der russische Rubel „nur" noch den 680fachen Wert der deutschen Mark hat, so genügen etwa acht Monate des bisherigen Tempos, um Deutschland zum Lande mit der schlechtesten Währung der Welt zu machen.

Die deutsche Arbeiterklasse ist nicht willens, dieser Entwicklung tatenlos zuzusehen. Es ist nicht wahr, daß die deutsche Mark in den Abgrund stürzen muß und kein Helfferich wird irgend einem denkenden Menschen klar machen können, daß die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands es bedingen, daß die deutsche Mark schlechter stehen muß als die österreichische Krone, die polnische Mark oder gar der Sowjetrubel. Der Kampf gegen den Markverfall durch die Finanzgesetzgebung ist deshalb die Aufgabe der deutschen Politik der nächsten Wochen. Wer sich ihrer Lösung widersetzt, wird zum Verderber Deutschlands.

Dr. Paul Hertz.

Die Goldanleihe und Kleinspekulation.

Nach vielem Hin und Her und Für und Wider ist das Reichsfinanzministerium endlich zu dem Entschluß gekommen, eine Anleihe von über 100 Millionen, auf Dollar und Goldmark lautend und in Papiermark einzahlbar, aufzulegen. Die erste Teilausgabe wird 25 Goldmillionen betragen. Das dünkt unseren durch Milliarden, Billionen und Trillionen, in denen wir seit der Inflation nun einmal rechnen überreizten Zahlenbegriffen nicht viel. Sie reichen auch wirklich kaum hin, um die Ausgaben des Reiches für einige Tage zu decken. Dennoch hat das Reich hier wirklich einen Schritt getan, seinen Etat von der Notenpresse ein wenig zu emanzipieren. Selbstverständlich wird die angekündigte Anleihe nicht ausreichen, um einschneidende Veränderungen in der finanziellen Notlage des Reiches zu zeitigen. Dagegen spricht die Unordnung in unserer Zahlungsbilanz, der deutsche Schleuderexport infolge der Markentwertung, zuguterletzt der Genickschlag, den die deutsche Wirtschaft, besonders ihre Domäne im Rheinland und Westfalen, durch die Ruhrbesetzung erhalten hat. Aber abgesehen davon wird die angesichts dieser Tatsachen dennoch mögliche günstige Antwort nicht ausbleiben. Das gilt für drinnen und draußen. Man wird besonders im Lande wieder das Gefühl haben, daß an der Spitze des Staates eine Regierung steht, die nicht tatenlos auf die Katastrophe wartet. Wenn die Regierung den einmal beschrittenen Weg weitergeht, und die erforderlichen Konsequenzen aus dem einmal getanen Schritt zieht, muß dem Lande die Gewißheit werden, daß die Regierung auf eine Lösung wartet. Daß sie alles tut, alle Kräfte anspannt, alle Mittel in Bewegung setzt, um den Zeitpunkt abwarten zu können, der die notwendige Lösung bringt. Wenn unsere Regierungsmänner ein wenig Psychologen sind, kann der moralische Erfolg der Goldanleihe ihr stärkster Erfolg sein. Und damit ein ganzer Erfolg. Der im nächsten Monat zusammentretende Reichstag wird sich mit dem Schutz der deutschen Währung zu beschäftigen haben. Unsere Genossen in der Reichstagsfraktion werden die Gelegenheit ergreifen, um der Regierung ihre Mahnungen zu wiederholen, von denen man heute, nachdem sich die finanzielle Lage bis ins Unglaubliche verschärft hat, sagen kann, es wäre für das deutsche Volk und für die Sache der Republik besser gewesen, wenn Herr Cuno und die Seinen ihnen vor Wochen nachgegeben hätten.

Die hundert Millionen der Goldanleihe mit ihren günstigen Emissionsbedingungen werden ohne Zweifel ein gesuchtes Papier sein. Sie werden den Devisenmarkt entlasten und die Nachfrage nach fremden Zahlungsmitteln auf den tatsächlichen Bedarf der Wirtschaft zurückführen. In erträglichen Abständen wiederholt, werden solche Anleihen ohne Zweifel eine größere Menge von Devisen für die Einfuhr frei machen, so gegen die Verknappung der notwendigen Importwaren wirken und die Preisbildung nur günstig beeinflussen können. Hier wird sehr wahrscheinlich durch kluges Einsehen auf die tatsächlichen Bedürfnisse mehr erreicht werden können als durch die kopflosen Erlasse und Gegenerlasse der letzten Zeit, wie ja auch solche Goldanleihen schon an und für sich die natürlichen Kanäle sind, um die überschäumende Papiergeldflut aufzunehmen. Denn es gibt heute in allen Schichten der Bevölkerung Papiermarkbesitzer, die nach der wertbeständigen Anlage suchen. Die, wenn sie sich nicht im Devisen- und Warenankauf betätigen, der nur die Preise in die Höhe treiben konnte, mit ihren Sparbeständen auf den Effektenmarkt flüchteten, wo sich heute der Sparsinn in Deutschland, um der Markentwertung bei den Sparkassen usw. zu entgehen, betätigt. Die sogenannte Kleinspekulation spielt heute auf der Fondsbörse eine nicht unbedeutende Rolle. Der letzte Beamtenvierteljahrsultimo mit seiner Hochflut von Kaufaufträgen bestätigt das. Volkswirtschaftlich wäre dagegen nicht viel einzuwenden, wenn nicht die Börse Betrieben, die im volkswirtschaftlichen Interesse wirklich überflüssig sind, eine beispiellos leichte Möglichkeit der Kapitalbeschaffung böte. Man denke nur an die vielen Aktiengesellschaften in der deutschen Genußmittelindustrie mit ihren durch immer wiederkehrende Neuausgabe von jungen Aktien bis ins Unmögliche verwässerten Kapital, während volkswirtschaftlich wichtige Betriebe, die langfristige Anleihen haben müssen, wie z. B. der Baumarkt, infolge Kapitalmangels verkümmern. Vielleicht könnte ein System der Goldanleihe das Mittel werden, die Geldflut, wie das vor der Inflation der Fall war, als über 20 Goldmilliarden in den deutschen Sparkassen lagerten, auf die notwendigen und brennenden Punkte der Wirtschaft hinlenken. Das könnte nur im Interesse der sogenannten Kleinspekulation liegen, weil diese heute bereits durchweg in die unnotierten Werte und Obligationen „eingestiegen" ist, weil die amtlich notierten für sie seit langem unerschwinglich sind. Bei ihnen läuft der Käufer wenig Gefahr, weil Werke wie die Elberfelder Farben tatsächlich aus Dreck Gold machen. Hier könnte der Rückschlag, der einmal kommen wird, den Inhaber relativ schaden, während er bei den unnotierten Werten, wo heute sicherlich vieles faul im Staate Dänemark ist, alles verlieren kann. Der sogenannte Kleinspekulant hat an der Börse bereits die Erfahrung gemacht, daß er kaum etwas verdienen, in vielen Fällen kaum sein Geld vor der Entwertung schützen kann. Gerade er wird die Goldanleihe begrüßen und nach ihr greifen. Darum ist es doppelt bedauerlich, daß das kleinste Stück der Goldanleihe auf 5 Dollar lautet. Das sind nach dem heutigen Dollarstande weit über drei Millionen Mark. So sind weite Kreise von den Vorteilen der Anleihe ausgeschlossen, was einen nicht unerheblichen Schönheitsfehler be-

Die Aufhebung der Verkehrssperre vollzogen.

SPD. Recklinghausen, 26. Juli. (Eig. Drahtber.)

Die von den Einbruchstruppen verhängte Verkehrssperre wurde in der Nacht vom 25. zum 26. Juli aufgehoben. Die ersten Frühzüge, die normal besetzt waren, haben die Kontrollstationen nach kurzem Aufenthalt passieren können. Seit Donnerstag morgen 7 Uhr hat der Verkehr wesentlich zugenommen. Auf allen Linien im Einbruchsgebiet herrscht zurzeit starker Andrang, der zu einem längeren Aufenthalt auf den Kontrollstationen führt. Besondere Zwischenfälle sind bisher nicht bekannt geworden. Der Fahrplan wird seitens der deutschen Eisenbahn in gleicher Weise wie vor der Verkehrssperre durchgeführt. Aus Kronenberg wird berichtet, daß dort die Sperre zur Stunde noch aufrechterhalten wird.

Fortsetzung der Grenzsperre in der Nacht.

Frankfurt a. M., 27. Juli.

Wie die „Frankfurter Zeitung" mitteilt, wird die Grenze zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet nur tags über geöffnet. Von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens ist sie gesperrt.

Die neuen Kohlenpreise.

TU. Berlin, 27. Juli.

Die sprunghafte nach oben gerichtete Preiskurve erzwang eine Erhöhung der Bergarbeiterlöhne und im Anschluß daran hätten die Organe der Kohlenwirtschaft neue Preissteigerungen für Kohlen vorzunehmen. Die Kohlenpreise werden sich mit Wirkung vom 27. Juli ab gegenüber den bisherigen Preisen um etwa 53 Prozent erhöhen.

Der Markzerfall.

Der amtliche Devisenverkehr vom Donnerstag stand völlig unter dem Eindruck des starken Kurssturzes der Mark an den Mittwoch-Auslandsbörsen. Die Nachfrage ist noch immer so groß, daß die Reichsbank scharfe Repartierungen vornehmen mußte. Sie hält aber an dem neuerdings verfolgten Prinzip einer starken Heraufsetzung des Kursniveaus, zum Teil sogar über die Parität der ausländischen Markkurse, fest, um unberechtigte Anforderungen nach Möglichkeit abzuwehren und den Verkauf inländischer Devisenbestände ins Ausland zu verhindern. Heute notierten amtlich: London 3 500 000 bei 12½ Proz. Zuteilung, Holland 296 000 bei 7 Proz. Zuteilung. Neuyork 750 000.

deutet, der bei der Wiederholung unbedingt weggewischt werden muß.

Wie gesagt hat der Reichsfinanzminister mit der Goldanleihe einen Schritt getan, der nur wirksam werden kann, wenn die Regierung die Konsequenzen zieht. Die Anleihe stützt sich auf das Steuereinkommen des Staates. Ein Staat aber, der seine Beamten wertbeständig bezahlt und wertbeständige Anleihen ausgibt, muß logischerweise den zweiten Schritt tun und für wertbeständige Einnahmen, d. h. für die Wertbeständigkeit der Steuern sorgen. Es gibt keine andere Möglichkeit. Der Weg muß gegangen werden. Aufgabe der Sozialdemokratie wird es in den nächsten Wochen sein, daß dieser Weg schleunigst gegangen wird.

Frankreich und Belgien.

Keine gemeinsame Antwort.

Der Gedankenaustausch zwischen Brüssel und Paris hat ergeben, daß der Versuch der Belgier, den französischen Standpunkt dem englischen näher zu bringen, keine Aussicht auf Erfolg hat. **Die Antworten Belgiens und Frankreichs auf den englischen Entwurf werden demzufolge sehr wahrscheinlich getrennt erfolgen.** Nach Meldungen aus Brüssel ist der Standpunkt der belgischen Regierung gegenwärtig ungefähr der: Belgien wünscht, da seine Wirtschaft, besonders sein Durchgangshandel, unter der Ruhrbesetzung leidet, eine **schnelle Liquidation des Ruhrabenteuers und die Zurückziehung der Truppen aus dem Ruhrgebiet so schnell wie möglich.** Hier scheint auch der grundsätzliche Streitpunkt zwischen Paris und Brüssel zu liegen. Während Belgien für die Ausarbeitung eines Räumungsplanes sei, nach dem das Ruhrgebiet in Etappen freigegeben wird, hält Poincaré daran fest, daß keine Räumung des als Pfand dienenden neubesetzten Gebietes erfolgen könne, ohne vorherige effektive Bezahlung. Er hat dafür die Formel geprägt: nach Maßgabe der deutschen Zahlung, was, wie Genosse Vandervelde auf dem Osterparteitag der belgischen Arbeiterpartei in Brüssel ausführte, niemals bedeuten kann. Belgien stellt daher die Bedingung, daß Deutschland seine Schulden anerkenne und greifbare Garantien leiste, die den im belgischen Reparationsplan aufgestellten Garantien, die bekanntlich eine einschneidende Kontrolle der deutschen Finanzen und Ausnutzung deutscher Staatsmonopole vorsehen, gleichwertig erscheinen. Dagegen ist Belgien bereit, die Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit während oder für eine bestimmte Zeit durch eine von der Reparationskommission zu ernennende Sachverständigenkommission zuzulassen, zu der Deutschland allerdings — und das muß auch gegenüber dem Pariser „Temps" betont werden, der Deutschland auffordert, wenn es eine Nachprüfung seiner Zahlungsfähigkeit beantragen wolle, sich an die Reparationskommission zu wenden — nach den Vorfällen im Januar 1923, die die Feststellung der Verfehlungen Deutschlands begleiteten, kaum Zutrauen haben kann. Wie ja auch innerhalb der Reparationskommission bei einem evtl. Antrag Deutschlands auf Abschätzung seiner Zahlungsfähigkeit dieselbe Schwierigkeit der interalliierten Schuldenfrage auftauchen müsse, wie auf irgend einer anderen Plattform, die die Mächte suchten. Ueber diese Schwierigkeit führt nur der Weg einer Verständigung mit den Gläubigern des Kontinents, mit England und Frankreich.

Es bedarf natürlich aller Wachsamkeit der deutschen Politik, damit diese Verständigung nicht auf Kosten Deutschlands erfolgt. Im Anschluß an die Reuter-Meldung, daß die Haltung der englischen Regierung der französischen gegenüber hinsichtlich der Sicherheitsfrage wohlwollend gewesen ist und wohlwollend bleibe, und daß die englische Regierung über diesen Punkt zu Besprechungen bereit sei, verbreitet Havas am Donnerstag eine Londoner Meldung, wonach die englische Regierung nicht beabsichtigt, zuerst Vorschläge zu machen. Denn sie sei ebenso wie die französische Regierung der Ansicht, daß Wiedergutmachung und Sicherheit zwei verschiedene Fragen seien, und daß im Augenblick die Wiedergutmachung zur Diskussion stehe. Die englische Regierung sei jedoch bereit, wenn die französische Reigerung es für richtig halte, gemeinsam mit ihr alle Gesichtspunkte zu prüfen. Die englische öffentliche Meinung würdige in weitgehendem Maße die Bedeutung, die die Sicherheitsfrage für die Alliierten habe.

Die Meldung ist keine offizielle Auslassung der englischen Regierung. Jedoch ist sie eine Warnung zur Vorsicht angesichts eines immerhin möglichen Kuhhandels.

Die englischen Luft-Rüstungen.

TU. London, 27. Juli

Die englische Regierung hat sich entschlossen, den Bau von Luftschiffen zu Verteidigungszwecken wieder aufzunehmen. Bevor sie jedoch Luftschiffe in Auftrag gibt, will sie die Resultate abwarten, die die Vereinigten Staaten mit ihren augenblicklich in Philadelphia und auf der Zeppelinwerft in Friedrichshafen im Bau befindlichen beiden Luftschiffen erzielen werde. Sollten diese sich bewähren, so wird die englische Regierung ihr technisches Programm ausarbeiten. Diesen Beschluß der englischen Regierung teilte gestern der Minister für das Luftverteidigungswesen, Sir Samuel Hoare, im Unterhaus mit. Weiter teilte er dem Parlament mit, daß der Plan für den Flugverkehrsdienst England—Orient—Australien im Oktober der britischen Reichskonferenz vorgelegt werde. Der Minister erklärte, die Verteidigungskommission des Reiches messe dem Bau von Luftschiffen enorme strategische Bedeutung bei.

Das deutsche Guthaben im Ausland.

TU. Paris, 27. Juli.

Das Journal befaßt sich mit der von der internationalen Handelskammer gefaßten Entschließung, über die deutschen Guthaben im Ausland eine Untersuchung anzustellen. Das Blatt erklärt, die internationale Handelskammer sei allein zuständig, eine solche Aufgabe mit Aussicht auf Erfolg zu übernehmen. Herr Westermaß, der Präsident des Rotterdamer Bankverbandes, werde ohne Zweifel bei seinen Arbeiten auf große Schwierigkeiten stoßen, und sie nicht völlig überwinden können. Immerhin werde es gelingen, zur Lösung des Reparationsproblems, ohne sich in dasselbe direkt einzumischen, in wertvoller Weise beizutragen.

Folgen der Ruhrbesetzung.

Der unheilvolle Rückschlag der Ruhrbesetzung auf die europäische Wirtschaft geht deutlich aus einem Schreiben hervor, das die industrielle Gruppe des englischen Unterhauses an den Premierminister gerichtet hat. In diesem Schreiben wird festgestellt, daß die anfängliche Belebung der englischen Wirtschaft nach der Ruhrbesetzung im Januar nur von kurzer Dauer war. Aufträge stellten sich stark vermehrt ein, die Arbeitslosenziffer ging von Januar bis zum Juni um monatlich 50 000 zurück. Dann trat der Rückschlag ein, ähnlich wie in der Tschecho-Slowakei, wo man dieselben Erfahrungen wie in England gemacht hat. Unter der rückgängigen Bewegung, die eintrat, weil die Märkte auf dem Kontinent dem englischen Handel verschlossen blieben, nahm die Arbeitslosenziffer im Juni nur um 8000 ab und die Zahl der Halbbeschäftigten vermehrte sich sogar im genannten Monat um 15 000. Die Zahl der Arbeitslosen betrage gegenwärtig 1 190 000. Das Schreiben schließt, wenn nicht drakonische Mittel angewandt würden, ginge England in den vierten Winter der Arbeitslosigkeit, in dem man mindestens mit 1½ Millionen Arbeitslosen rechnen müsse.

Ein neues Volksgerichtsurteil.

Acht Monate Gefängnis für den Vorwärts-Korrespondenten.

SPD. München, 26. Juli. (Eig. Drahtb.)

Vor dem Volksgericht München begann heute der Prozeß gegen den Schriftsteller Franz v. Puttkamer, dem die Anklage Aufforderung zum Morde vorwirft. In der Anklageschrift wird Puttkammer, der als Korrespondent des „Vorwärts", er war Münchener Vertreter des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes", bezeichnet wird, zur Last gelegt, daß er es verstanden habe, sich in die zu den Nationalsozialisten zählende Münchener Roßbachtruppe einzuschleichen, um die Ziele dieser Verbände zu erkundigen und von dem Ergebnis seiner Forschungen seine Zeitung benachrichtigen zu können. In der Gruppe Roßbach habe der Student Karl Baur aus Wismar, der ihn für gleichgesinnt hielt und ihm volles Vertrauen schenkte, seine Aufmerksamkeit dadurch erregt, daß er auf ihn den Eindruck eines Menschen machte, der politische Gewalttaten für die nächste Zukunft vorzuhaben schien. Um näheres hierüber zu erfahren, habe Puttkammer den Baur am 10. Januar zu einer Dampferfahrt auf dem Starnberger See eingeladen. Dabei habe er Baur, um ihm die Zunge zu lösen, erzählt, daß er bereit sei, politischen Flüchtlingen in seiner Wohnung Unterkunft zu gewähren. Daraufhin habe ihm Baur mitgeteilt, daß er beabsichtige, den früheren Reichskanzler und jetzigen Oberbürgermeister von Kassel, Genossen Scheidemann, zu ermorden; in die Einzelheiten seines Vorhabens habe er Puttkammer eingeweiht. Puttkammer soll darauf seine Zustimmung zu dem Plane ausgesprochen und zur Ausführung des Attentates einen Revolver in Aussicht gestellt haben, ebenso die Aushändigung von Reisegeld zu einer Fahrt nach Berlin, wo das Attentat vorbereitet werden sollte. Als Baur von Puttkammer erzählte, daß er am Abend des 19. Januar zur Ermordung Scheidemanns abreisen wolle und ihm mitteilte, daß Scheidemann in Augsburg sei, habe ihm v. Puttkammer ausdrücklich gestattet, seine Brieftasche und Anzüge bei ihm zurückzulassen, sodaß Baur den Eindruck bekommen mußte, daß er seinen Plan nach Kräften unterstütze. Diesen Eindruck habe Puttkammer auch erzielen wollen. In diesem Tatbestand erblickt die Anklage das Verbrechen der Aufforderung zum Mord.

Zu Beginn der Verhandlung bezweifelt der Verteidiger des Angeklagten die Zuständigkeit des Volksgerichts mit der Begründung, daß es sich um ein Verbrechen des Mordes gegen ein Mitglied einer früheren republikanischen Reichsregierung und damit um ein Verbrechen nach § 1 des Republikschutzgesetzes handelt. Nach diesem sei aber die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes gegeben. Der Staatsanwalt trat dieser Auffassung entgegen. Das Gericht setzte die Entscheidung über den Einwand der Verteidigung aus.

Die dann folgende Vernehmung des Angeklagten und der Zeugen ergab folgenden Sachverhalt: Der Student Baur tat sich in der Roßbachgruppe durch seine blutrünstigen Reden besonders hervor. **Einen fanatischen Haß hatte er vor allem auf Scheidemann, den er mit zehn Schüssen niederknallen wollte, um ihm dann die Ohren abzuschneiden und sie an einer Schnur auf seiner Brust zu tragen.** Diesen Plan sprach er offen aus in einer Rede, die er anläßlich einer von der Gruppe veranstalteten Geländeübung hielt. Auch andere Attentate gegen die „Novemberverbrecher" hielt er für notwendig, um dann die nationale Diktatur aufzurichten. Diese Geländeübung wurde abgehalten am 6. und 7. Januar. Die Ermordung Scheidemanns sollte so schnell wie möglich in Kassel ausgeführt werden. Baur besprach mit Puttkammer die Vorbereitungen zur Tat und Puttkammer berichtete dieses in ausführlichen Einzelheiten an seinen Berliner Freund, den Landrichter Hirschberg, der verabredungsgemäß den Reichskommissar zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit davon unterrichtete. Tatsächlich hat Puttkammer dem Baur gegenüber davon gesprochen, daß er ihm nach vollbrachter Tat als Flüchtling seine Wohnung zur Verfügung stelle und daß er ihm auch einen Revolver besorgen werde, und zwar tat er dies zu dem alleinigen Zweck, um das Vertrauen des Baur nicht zu verlieren. Als er merkte, daß Baur mit seinen Plänen tatsächlich ernst machen wollte, machte er seine Zusage rückgängig. Das war aber ohne Bedeutung, weil Oberleutnant Roßbach selbst bei seiner Anwesenheit in München am 18. Januar dem Baur den dienstlichen Befehl gegeben hatte, das Attentat gegen Scheidemann unter allen Umständen zu unterlassen, weil, so sagte Baur bei seiner polizeilichen Vernehmung, eine solche Tat in jetziger Zeit das größte Verbrechen am Volke wäre. Auf Grund der Berichte Puttkammers hat der Reichskommissar die Berliner Polizei mobil gemacht, um Baur, der am 19. Januar nach Berlin reisen wollte, festzunehmen. Außerdem benachrichtigte er die Polizeidirektion Kassel die ihrerseits wiederum Scheidemann verständigte. Scheidemann selbst weilte damals aber nicht in Kassel, sondern in Augsburg, was aber dem Attentäter erst bekannt wurde, als er von seinem Vorgesetzten Roßbach von der Tat abgehalten worden war. Der kritische Tag war der 17. Januar, weil der mittellose Baur damals von einer thüringischen Gräfin 100 000 Mark zum Zwecke seines Attentates erhalten hatte. Bei der Tat selbst sollten dem Baur ursprünglich noch zwei Helfer zur Seite stehen, ein gewisser Eigner und ein während der Hauptverhandlung stets nur mit dem Spitznamen Leutnant X. Bezeichneter. Diese beiden sind jedenfalls Mitglieder der Gruppe Roßbach. Beide hatten sich zur Tat zur Verfügung gestellt.

Im Plaidoyer hielt der Staatsanwalt seine Anklage in vollem Umfange aufrecht. Er bestritt dem Angeklagten, daß er aus politischen und ideellen Zielen seine Spitzeltätigkeit ausgeübt habe. Puttkammer sei vollkommen überzeugt gewesen, daß es Baur mit seinem Attentat vollständig Ernst gewesen war. Trotzdem habe er nichts getan, den Mord im Keime zu ersticken, im Gegenteil, er habe dem Baur noch seine Unterstützung zugesagt. Freilich stehe außer Zweifel, daß Puttkammer die Ermordung Scheidemanns nicht gewollt habe. Dieser Milderungsgrund käme nur für das Strafmaß in Betracht. Er beantragte acht Monate Gefängnis und Tragung der Kosten.

Der Verteidiger, Stadtrat Genosse Nußbaum, bestritt die Zuständigkeit des Gerichts und zwar auf Grund des Republikschutzgesetzes, das Ueberweisung solcher Straftaten an den Staatsgerichtshof verlangt. Zur Sache selbst wies der Verteidiger nach, daß Puttkammer sich aus politischer Ueberzeugung der Auskundschaftung der rechtsradikalen Kreise gewidmet habe. Die Aufklärung des Attentates auf Scheidemann sei geradezu sein Verdienst. Seine Pflicht als Staatsbürger habe er voll erfüllt durch seinen Bericht an den Reichskommissar. Wenn er die Münchener Polizei nicht verständigt habe, so liege genug Grund für dieses Mißtrauen in dem Ergebnis des Fuchs-Machhaus-Prozesses. Eine Verurteilung könne gar nicht in Frage kommen, da nach § 49a des Strafgesetzbuches für eine Verurteilung wegen Aufforderung zum Morde der subjektive Wille, daß die Tat ausgeführt werde, notwendig sei. Eine solche Anklage getraue sich aber nicht einmal der Staatsanwalt gegen Puttkammer zu erheben.

Nach einer halbstündigen Beratung verkündete das Gericht unter dem Vorsitz des Oberlandesgerichtsrates Horwitz folgendes einstimmig gefällte Urteil: Acht Monate Gefängnis, Anrechnung von sechs Wochen Untersuchungshaft, 500 000 Mark Geldstrafe. In der Begründung heißt es, daß Puttkammer sich einer fortgesetzten Kette von Handlungen schuldig gemacht habe, die auf die Mordpläne des Baur fördernd und stützend gewirkt hätten. Es handle sich um eine fortgesetzte Aufforderung zum Mord. Auch wenn der Angeklagte die Tat selbst nicht gewollt habe, trat erschwerend bei, daß der Angeklagte gewissenlos an Baur gehandelt habe und vor allem an dem deutschen Vaterland. Durch einen event. Mord an Scheidemann, dessen Verhinderung nicht in der Hand des Angeklagten gelegen habe, wären innerpolitisch außerordentliche Gefahren entstanden. In der Urteilsbegründung wird auch das Verhalten des Reichskommissars einer scharfen Kritik unterzogen, weil er es versäumte, seine Kenntnis von den Mordplänen der Münchener und der Augsburger Polizei mitzuteilen, und weil er auch eine rechtzeitige Benachrichtigung nach Kassel unterlassen habe.

Eine Revision gegen das Urteil des Volksgerichts ist nicht möglich.

Durch Schaden wird man klug.

SPD. Frankfurt a. M., 26. Juli. (Eig. Drahtber.)

Im Anschluß an die bedauerlichen Vorgänge nach der gemeinsamen sozialistisch-kommunistischen Demonstration am Montag erläßt die Bezirksleitung Hessen-Nassau der V. S. P. D. einen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

„... Ebenso entschieden müssen unsere Parteimitglieder von den Kommunisten abrücken; mit den Kommunisten gibt es keine gemeinsame Aktion mehr. Unsere Partei ist groß und stark genug, um, wenn es nötig ist, besonders aktiv vorzugehen. Außerdem hat der Parteitag von Augsburg fast einstimmig den Beschluß gefaßt, wonach mit der KPD. keine gemeinsame Aktion mehr gemacht werden dürfe. An diesen Beschluß erinnern wir und erwarten von allen Parteimitgliedern, ganz besonders aber den Vorständen, daß unter allen Umständen dieser Beschluß durchgeführt wird. Die fortwährende Wühlarbeit der Kommunisten hat die Gewerkschaften und Genossenschaften stark gefährdet. Solange die Kommunisten diese zersetzende und vernichtende Zersplitterungstätigkeit ausüben, solange darf es mit ihnen keine Kampfgemeinschaft geben. Wer es trotzdem tut, schädigt unsere Partei. Unsere Parteimitglieder müssen dagegen Front machen und dürfen unter keinen Umständen etwaigen Parolen folgen, die gegen die Partei verstoßen. Mehr Vertrauen zur Vereinigten Sozialdemokratie! Das ist notwendiger denn je. Dann werden die Arbeitermassen auch nicht in die Versuchung gebracht, vor den kommunistischen Parteikarren gespannt zu werden."

Der Kartoffelmangel.

Der augenblicklich auf dem Lebensmittelmarkt bestehende Kartoffelmangel wird nach der Auffassung im Reichsernährungsministerium in kurzer Zeit behoben werden können. Die Knappheit entstand lediglich aus der durch die Witterung verursachten Verspätung der Frühkartoffelernte. Ausländische Frühkartoffeln, besonders aus Holland, waren infolge der Devisenknappheit nur schwer zu beschaffen. Was herankam, mußte zunächst ins Ruhrgebiet.

Zur Regelung der Versorgung der Bevölkerung mit Herbstkartoffeln wird bereits am Mittwoch nächster Woche im Reichsernährungsministerium eine Konferenz stattfinden, zu der u. a. auch die Gewerkschaften eingeladen werden. — Nach Auffassung der maßgebenden Stellen ist die Kartoffelanbaufläche nicht nennenswert zurückgegangen, sodaß von dieser Seite her ein Ausfall nicht zu befürchten ist.

Aufruf des A. D. G. B.

Gewerkschaftsmitglieder!

In diesen Tagen, da die Regierungen im Notenaustausch wegen der Lösung des Reparationskonflikts und der Zurücknahme der Ruhrbesetzung stehen, wissen Fanatiker der extremen Rechten und Linken nichts anderes zu tun, als ihre Kreise zu erhöhter Aktivität aufzurufen, sich gegenseitig den Bürgerkrieg anzukündigen und den gewaltsamen Austrag der politischen Spannungen durch öffentliche Demonstrationen zu provozieren. So soll der Antifaszistentag der Kommunistischen Partei am 29. Juli die Antwort auf nationalistische Kraftproben sein. Bei diesen Demonstrationen, die erfahrungsgemäß mit Blutvergießen enden, tragen nur die beteiligten Arbeiter ihre Haut zu Markte, denn die, die sie zum Proteste aufrufen, haben sich noch stets in Sicherheit zu bringen gewußt. Die allgemeine Not wird durch solche Aktionen nicht behoben, aber unabsehbarer Schaden entsteht daraus für die Bevölkerung und für die Republik. Der Faszismus allein rennt vergeblich gegen die Republik an. Erst dadurch, daß Faszisten und Kommunisten zugleich den Bürgerkrieg entfachen, kann die Republik in Gefahr kommen. Mit dem Faszismus würde die Arbeiterklasse ohne Gewaltanwendung leicht fertig werden, wenn sie einig wäre und mit überlegener Ruhe in geschlossener Disziplin ihren Gegner erwartet.

Der Bundesvorstand hat wiederholt bewiesen, daß er bereit ist, die gesamte Kraft der Gewerkschaften für die Verteidigung der Republik einzusetzen. Er überwacht auch jetzt sorgsam die Maßnahmen der Kreise, die auf einen Umsturz hinarbeiten und wird jederzeit die erforderlichen Abwehraktionen in Uebereinstimmung mit den Gewerkschaftsleitungen einleiten. In dieser Abwehr können uns öffentliche Demonstrationen an einzelnen Orten nicht das mindeste nutzen. Sie bieten im Gegenteil den Feinden der Arbeiterschaft wohlfeile Gelegenheit zu Ausschreitungen, wie sie sich in Leipzig und Frankfurt a. M. ereigneten, die das Ansehen der Gewerkschaften schädigen müssen. Wir ersuchen deshalb die örtlichen Gewerkschaftsleitungen auf das dringendste, in der gegenwärtigen Zeit von öffentlichen Kundgebungen unter freiem Himmel Abstand zu nehmen. Auf jeden Fall muß die Beteiligung der Kommunistischen Partei an solchen Kundgebungen zurückgewiesen werden, und ebenso ist die Teilnahme an kommunistischen Demonstrationen abzulehnen, da die Erfahrung bewiesen hat, daß die Kommunisten sich weder an Gewerkschaftsdisziplin, noch an Abmachungen halten, sondern mit den Faszisten einig sind in der Absicht, den Kampf um jeden Preis vom Zaun zu brechen.

Wohin der Uebermut von Kommunisten und Faszisten führt, das zeigt uns das Schicksal von Staat und Gewerkschaftsbewegung in Italien.

Deshalb lehnt jede Gemeinschaft mit den Aktionen der Kommunisten ab! Haltet gewerkschaftliche Disziplin! Stärkt die Reihen der Gewerkschaften!

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Graßmann.

Ein zweites Bayern: Württemberg.

Von Wilhelm Keil.

Es hat den Anschein, als ob Württemberg sich allmählich zu einem zweiten Bayern entwickeln würde. Die nationalsozialistische Agitation ist vor etwa einem Jahr von Bayern aus in das benachbarte württembergische Gebiet hineingetragen worden und hat sich seitdem mit riesigem Geldaufwand und unter Ausschlachtung der durch den Ruhreinfall der Franzosen in weiten Volkskreisen erzeugten nationalistischen Stimmung in bedenklicher Weise ausgebreitet. In vielen württembergischen Gemeinden bestehen heute nationalsozialistische Ortsgruppen, die ihre Stoß- und Sturmtrupps, Hundertschaften und neuerdings auch „Regimenter" bilden und in mehr oder weniger verschleierter Form Uebungen militärischer Art abhalten. Unsere Presse war wiederholt in der Lage, über Nachtmärsche und nächtliche Manöverübungen aufs genaueste zu berichten, und vor einigen Tagen machte einer unserer Abgeordneten im Landtag Mitteilung von engen Verbindungen zwischen gewissen Reichswehroffizierskreisen und nationalsozialistischen Führern, sowie von gemeinsamen Uebungen württembergischer Nationalsozialisten und bayrischer Reichswehr auf dem großen Truppenübungsplatz Münsingen.

Die Sprache, die die Nationalsozialisten in ihren Versammlungen und ihrer Presse führen, läßt keinen Zweifel darüber, daß es sich bei diesem Treiben nicht, wie gewisse Beschwichtigungsräte glauben machen wollen, um ein harmloses Räuber- und Gendarmenspiel, sondern um eine Gefahr für die demokratische Republik und für das deutsche Staatswesen überhaupt handelt. Denn sowohl der Bürgerkrieg, auf den die Hintermänner dieser ideenlosen Bewegung abzielen, als auch ein Waffengang mit Frankreich, der in zahlreichen Wirrköpfen spukt, müßte das deutsche Reich völlig zugrunde richten. Aber auch ohne daß eine dieser beiden großen Gefahren Wirklichkeit zu werden braucht, fügt der nationalsozialistische Unfug unserem Volks- und Staatsleben schwersten Schaden zu. Er verschärft die Gegensätze im Innern, steigert den Argwohn des Auslandes und erschüttert innen und außen alle Hoffnung und alles Vertrauen, daß Deutschland wieder gesunden werde. Die wüttembergische Regierung aber läßt die Dinge laufen. Wie erklärt sich das?

Nach den letzten gleichzeitig mit den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 vorgenommenen Landtagswahlen trat unsere Partei aus der Landesregierung aus. Demokraten und Zentrum bildeten darauf eine Minderheitsregierung. Das Ministerium des Innern, das bis dahin von einem Parteigenossen geleitet worden war, wurde mit dem Zentrumsobgeordneten Graf besetzt. Die neue Regierung arbeitete mit wechselnden Mehrheiten, d. h. sie nahm bald von der Deutschnationalen Rechten, die sich in den ländlichen Teilen des Landes Bauernbund, in den städtischen Bürgerpartei nennt, bald von der Sozialdemokratie Unterstützung an. In allgemein politischen Fragen, in denen das von dem Demokraten Dr. Hieber geleitete Kabinett hinter den Reichskabinetten Fehrenbach und Wirth stand, stützte es sich auf die Sozialdemokratie, in den Fragen der inneren Polizeiverwaltung war dagegen die Politik des Ministers Graf halbrechts gerichtet.

Da das Minderheitskabinett sich dauernd in Unsicherheit befand und unsere Partei sich weder die Vorteile der Regierungs- noch die der Oppositionspartei voll zunutze machen konnte, begegneten sich beide in dem Wunsche nach Wiedereintritt der Sozialdemokratie in die Regierung. Dieser erfolgte im November 1921 durch den Eintritt eines Sozialdemokraten in das fünfköpfige Kabinett, der das Arbeits- und Ernährungsministerium übernahm. Es ergab sich aber bald, daß der Einfluß unserer Partei dem Maß von Verantwortung für die Regierungspolitik, das sie zu übernehmen hatte, nicht entsprach. Alle Versuche unserer Fraktion, die starken Rechtsneigungen des Ministeriums des Innern abzuschwächen, blieben erfolglos.

Anfang Mai d. J. starb Minister Graf. Jetzt erhob unsere Fraktion, die inzwischen durch die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien mit ihren 27 Mitgliedern zur stärksten innerhalb der Regierungskoalition geworden war, Anspruch auf das Ministerium des Innern. Das Zentrum wies diesen Anspruch schroff zurück und wurde dabei von dem rechten Flügel der demokratischen Partei unterstützt. Da auch alle anderen Vorschläge zur Verstärkung unseres Einflusses in der Regierung in einer von unserer Fraktion als unfreundlich empfundenen Weise abgewiesen wurden, lehnte die Fraktion eine weitere Beteiligung an der Regierung ab. Das Ministerium des Innern übernahm der das Zentrum führende bisherige Justizminister Bolz. Justizminister wurde der dem Zentrum angehörende Oberregierungsrat Beyerle. Die beiden demokratischen Minister Schall (Finanzen) und Dr. Hieber (Kultus und Präsidium) blieben in ihren Aemtern, das Arbeits- und Ernährungsministerium wurde nicht endgültig neu besetzt, sondern die Geschäfte des Ministers bis auf weiteres dem parteipolitisch neutralen Ministerialdirektor dieses Ministeriums, Rau, übertragen.

Herr Bolz scheint nun in der Leitung der inneren Verwaltung ganz in den Fußstapfen seines verstorbenen Parteigenossen Graf, den er während einer langen Krankheit vertreten hat, wandeln zu wollen. Er gestattet es, daß die Polizei — ganz wie in Bayern — mit aller Schärfe gegen die Kommunisten vorgeht, den nationalsozialistischen Hetzern zum Bürgerkrieg aber volle Bewegungsfreiheit läßt. Im Dezember v. J. war infolge von blutigen Exzessen, die bei nationalsozialistischen Versammlungen in Geislingen und Göppingen vorgekommen waren, ein Verbot aller öffentlichen Versammlungen ausgesprochen worden. Die Nationalsozialisten verhöhnten dieses Verbot durch dreiste Umgehungen, ließen bei ihren unter anderer Bezeichnung veranstalteten Zusammenkünften sogar Redner sprechen, die in Bayern Redeverbot hatten, und das Ministerium des Innern schwieg dazu. Nunmehr ist das Verbot aufgehoben. Eine gegen Sturmtrupps, Hundertschaften usw., gerichtete Ausnahmeverordnung vom April d. J. wurde nicht in einem einzigen Fall gegen rechts, wo militärisch gerüstete Organisationen dieser Art ganz offen auftraten, sondern nur gegen die Kommunisten angewendet die tagtäglich mit ihren proletarischen Hundertschaften krafthubern, aber keine besitzen. Während diese Verordnung im Augenblick ihres Erscheinens von der Rechtspresse mit Gift bespritzt wurde, lehnte die äußerste Rechte im Landtag dieser Tage gemeinsam mit den Regierungsparteien den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Verordnung ab. Die republikfeidlichen Rechtsbolschewisten fühlen sich eben sehr wohl unter der Ausnahmenverordnung.

Sowohl innerhalb der demokratischen als der Zentrumspartei wird die Haltung des Ministers Bolz nicht einmütig gebilligt. Ein starker linker Flügel der Demokraten, der in der Berliner, Frankfurter und selbst der schweizerischen Demokratenpresse seine Mahn- und Warnrufe hat vernehmen lassen, sieht mit großer Besorgnis der Zukunft entgegen, vermag sich aber in der Landtagsfraktion nicht durchzusetzen. Im Zentrum ist es der von der katholischen Arbeiterschaft getragene Flügel, dem die Haltung des Herrn Bolz Beklemmungen verursacht. Die Bauern, Schultheißen und Beamten im Zentrum decken indessen ihren Innenminister. Die Beweggründe hierfür liegen teils in grundsätzlicher Abneigung gegen die demokratische Republik, teils in der Besorgnis, daß die Rechte mit ihrer demagogischen Agitation die Bauernschaft des Zentrums kopfscheu machen könnte. Sucht doch die Rechte selbst die Hoheitsrechte des Staates gegenüber den Kirchen preiszugeben, nur um das Zentrum von der Demokratie loszureißen. Diesen Versuchungen vermag der rechtsgerichtete Teil des Zentrums nicht zu widerstehen. Er verläßt sich darauf, daß das Zentrum (23) und die Deutschnationalen (28), zu denen sich die Volksparteiler (4) noch gesellen würden, über eine Mehrheit verfügen und wenn die Demokraten nicht parieren, eine Rechtsregierung bilden könnten. Daher auch die ängstliche Zurückhaltung der Demokraten, deren Führer Hieber zwar das Treiben gewisser Hetzer von rechts ein Verbrechen nannte, die aber ihren Worten die Taten nicht folgen lassen.

Vom Parteistandpunkt aus betrachtet, bringt uns diese Entwicklung der Dinge nur Vorteil, denn unsere Bewegung ist durch sie von neuem Kampfgeist erfüllt worden. Wie aber Staat und Volk dabei fahren werden, ist eine andere Frage.

Devisen-Kurse.

Berlin, 27. Juli.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		26. Juli.	24. Juli.
Amsterdam	1 fl.	295260,—	161094,—
Brüssel (Antwerper	1 Fr.	36907,50	20448,50
Kristiania	1 Kr.	123690,—	67431,—
Kopenhagen	1 Kr.	133665,—	72419,—
Stockholm	1 Kr.	202492,50	109725,—
Helsingfors	1 finn. Mk.	21446,—	11770,50
Rom	1 Lire	32915,50	18054,50
London	1 £	3491250,—	895250,—
Neuyork	1 Dollar	758100,—	412965,—
Paris	1 Frs.	44588,—	24738,—
Zürich	1 Frs.	134662,50	73715,—
Madrid	1 Pesetas	107730,—	55852,50
Wien	100 Kr.	1147,—	598,50
Prag	1 Kr.	23441,—	12468,50
Budapest	100 Kr.	37,90	29,92

Vermischte Nachrichten.

Flammentod zweier englischer Flieger. Eine Flugzeugkatastrophe hat sich in einem Londoner Vorort abgespielt. Der Fliegeroffizier Louis Trapagna Leroy war in Begleitung seines Kameraden, des Leutnants Logsdail, von dem Flugplatz Kenley zu einem Probeflug aufgestiegen. Der Apparat befand sich kaum fünf Minuten in der Luft, als er plötzlich mit der Geschwindigkeit eines Geschosses zur Erde niedersauste. Unter furchtbarem Getöse bohrte er sich in das Dach einer großen Villa. Der Benzinbehälter des Flugzeuges, der noch über fünfhundert Liter Brennstoff enthielt, platzte auseinander, das Benzin strömte in die unteren Räumlichkeiten der Villa und entzündete sich unglücklicherweise im gleichen Moment, sodaß es einem Flammenmeer gleich nach unten sich ergoß. In wenigen Augenblicken glich das Landhaus einem brennenden Scheiterhaufen, aus dem die Trümmer des Flugzeuges gespenstisch hervorragten. Die Feuerwehr, die nach zehn Minuten an der Unglücksstelle eintraf, konnte nichts ausrichten. Die Ueberreste der völlig eingeäscherten Villa sind vier geschwärzte Mauern. Der Eigentümer konnte sich und seine Familie noch rechtzeitig in Sicherheit bringen. Von den beiden Fliegeroffizieren war keine Spur mehr vorhanden.

Schlechte Erfahrungen mit der Trockenlegung haben die Fahrgäste des Dampfers „Baltic" der englischen White Star Linie auf der Rückfahrt von Neuyork gemacht. Die amerikanischen Dampfer gehen zwar auch trocken aus dem Hafen von Neuyork heraus, versorgen sich aber dann hinter der Dreimeilenzone schon mit dem nötigen Alkohol. Außerdem schmuggeln die Fahrgäste alle in ihrem Gepäck Alkohol an Bord des Schiffes ein. Die „Baltic" hatte nur das an Bord, was der amerikanische Kontrollbeamte ihr als „medizinische Reserve" gelassen hatte, nämlich 577 Flaschen Bier, 254 Flaschen Likör, 70 Flaschen Brandy und 119 Flaschen Wein. Die Fahrgäste versuchten, an diese Medizinal-Reserve während der Fahrt heranzukommen und baten zu diesem Zweck um die Verschreibung von Alkoholrezepten zur Förderung ihrer Gesundheit. Sie trafen aber auf einen Schiffsarzt, der seine Pflicht sehr genau nahm, und so gelang es nur drei Fahrgästen, sich während der Ueberfahrt aus der Alkoholapotheke des Schiffes zu versorgen.

Giftmord an zwei taubstummen Schwestern. In Hochfelden bei Bülach in der Schweiz starb unter verdächtigen Umständen die schwachsinnige Berta Maag. Der Verdacht auf Arsenikvergiftung wurde in vollem Umfang bestätigt. Es stellte sich heraus, daß die zehn Tage vorher verstorbene Schwester Emma gleichfalls das Opfer einer Arsenikvergiftung ist. Die Verdachtsmomente verdichteten sich immer mehr gegen den Vater der Mädchen, den einen Bruder und besonders die im gleichen Haushalt lebende Tochter Marie, verwitwete Gaßmann. Alle drei Personen wurden in Untersuchungshaft genommen. Unter dem Druck der gegen sie gesammelten Indizien hat die Marie Gaßmann in der Zelle ein Geständnis abgelegt. Sie gibt an, daß sie durch die fortwährenden Schikanen der Schwester Berta beinahe zur Verzweiflung getrieben worden sei, sodaß in ihr der Gedanke reifte, die schwachsinnige Person aus dem Leben zu schaffen. Nach einem heftigen Auftritt am 30. Mai habe sie ihr ein Stück Brot gegeben, in welches sie eine starke Dosis Arsenik gestreut habe. Nach ihrer Darstellung muß Berta der kranken Emma auch von diesem Brot gegeben haben. Das Gift tat rasch seine Wirkung: die kränkliche Emma erlag schon am nächsten Morgen, während die robustere Berta erst einige Tage darauf gestorben ist.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Leber. Für Inserate: Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Die Reinigung des Blutes 4581

ist für jedermann ein dringendes Gebot. Wir raten Ihnen, 30 Gramm Herbey-Kerne zu kaufen, wovon Sie nach Bedarf 1—2 Stück nehmen. Sicher erhältlich: Adler-Apotheke, Mengstraße 10.

Drei Soldaten.

Roman von John dos Passos

Aus dem amerikanischen Manuskript übersetzt von Julian Gumperz.

(Nachdruck verboten. Der Malik-Verlag, Berlin.)

58. Fortsetzung.

Die Uhr schlug fünf. Andrews sprang auf und stürzte, noch kaum in seinen Mantel geschlüpft, aus der Tür.

Ein rauher Wind blies auf dem Platze. Der Fluß war schmutzig grau-grün, geschwollen und strömend. Ein heiseres, triumphierendes Brüllen entstieg seinen Wellen. Der Regen hatte aufgehört, aber das Pflaster war mit Matsch bedeckt, und in der Gosse waren große Pfützen, die der Wind kräuselte. Alles — Häuser, Brücken, Flüsse und Himmel — war kalt grau-grün beschattet und nur von einem Fetzen Ockergelb am Himmel unterbrochen, gegen den Notre Dame und ihr schlanker Turm dunkel und rötlich aufragten. Andrews ging mit schnellen Schritten, patschte durch die Pfützen, bis er einen überfüllten grünen Autobus erreichte.

Draußen vor dem Hotel Crillon waren viele Limousinen, grau lackiert mit weiß gemalten Zahlen auf den Türen. Die Führer standen in Gruppen unter dem Portal. Andrews passierte die Wache und ging hinein. Auf der einen Seite führte eine Tür in ein großes Eßzimmer, wo viele Frauen und Männer Tee tranken und aus dem der Geruch von Backwerk strömte. Auf dem roten Teppich vor ihnen standen Offiziere und Zivilisten, die leise miteinander sprachen. Sporen und Geschirr klirrten aus dem Restaurant, und auch in Andrews Nähe. In einem Lederstuhl saß ein fetter Mann mit einem schwarzen Velourshut über den Augen und einer großen Uhrkette, die gespannt über seinem voluminösen Bauch hing. Gelegentlich räusperte er sich und spuckte in den Spucknapf neben sich.

Endlich erblickte Andrews Aubrey, der mit seinen weißen Backen und seiner großen, runden Hornbrille wie eine abgewaschene Porzellanpuppe aussah.

„Kommen Sie mit," sagte er und preßte Andrews am Arm. „Sie kommen spät!"

Dann fuhr er fort und sprach flüsternd in Andrews Ohr beim Hinausgehen durch die Tür: „Große Dinge sind heute auf der Konferenz vor sich gegangen, kann ich Ihnen nur sagen!"

Sie überschritten die Brücke. Bei der Deputiertenkammer, den Fluß hinunter, konnte man undeutlich den Eiffelturm sehen, der wie ein Stück Spinnengewebe, zwischen die Stadt und die Wolken gehängt, von dünnem Nebel umflossen war.

„Müssen wir wirklich zu diesen Leuten gehen, Aubrey?"

„Ja, Sie können nicht mehr zurück. Genevieve Rod will etwas von Ihnen über amerikanische Musik hören."

„Aber was in aller Welt kann ich ihr von amerikanischer Musik erzählen?"

„Wenn Sie wollen, brauchen Sie auch gar nichts zu sagen."

Sie gingen eine Treppe mit braunen Teppichen hinauf. Oben angelangt, klingelte Aubrey. Nach einem Augenblick öffnete ein Mädchen. Sie hatte eine Zigarette in der Hand, ihr Gesicht war bleich unter einer Masse rötlich-braunen Haares, ihre Augen sehr groß und hellbraun, so groß wie die Augen der Frauen auf den Gemälden von Artemisius und Bereniki. Sie trug ein einfaches schwarzes Kleid.

„Enfin," sagte sie und streckte Aubrey die Hand entgegen.

„Hier ist mein Freund Andrews."

Sie hielt ihm abwesend die Hand entgegen und schaute immer noch hinüber zu Aubrey.

„Spricht er französisch?"

„Gut."

„Hierher bitte."

Sie gingen in ein großes Zimmer, in dem ein Piano stand und wo eine ältliche Frau mit grauem Haar, gelben Zähnen und denselben großen Augen wie ihre Tochter vor dem Kamin stand.

„Maman, enfin ils arrivent, ces messieurs."

„Genevieve hatte Angst, Sie würden nicht kommen," sagte Madame Rod zu Andrews lächelnd. „Monsieur Aubrey hat uns so viel von Ihrem Spiel vorgeschwärmt, daß wir den Tag über ganz aufgeregt waren. . . Wir verehren die Musik."

„Ich wünschte, ich könnte etwas mehr tun, als nur die Musik verehren," sagte Genevieve Rod hastig. Dann fuhr sie mit einem kurzen Lächeln fort: „Aber ich vergaß, — Monsieur Andrews — Monsieur Ronsard."

Sie machte mit ihrer Hand eine Geste von Andrews zu dem jungen Franzosen, der sich in seinem Cutaway und seiner sehr engen Weste zu Andrews hinüber verbeugte.

„Jetzt wollen wir ein wenig Teetrinken," sagte Genevieve Rod. „Man kann nur richtig miteinander sprechen, wenn man Tee getrunken hat. Nur nach dem Tee ist man amüsant."

Sie zog einige Gardinen zurück, die die Tür in das nebenan liegende Zimmer verbargen.

„Ich verstehe, warum Sarah Bernhard Gardinen so liebt", sagte sie. „Sie verleihen dem Dasein etwas Dramatisches. . . Es gibt nichts Herrlicheres als Gardinen."

Sie saß am Kopfende eines Eichentisches, wo Porzellangeschirr mit buntem Gebäck, ein alter Kessel, unter dem Spiritus brannte, eine Meißner Kanne und Tassen und Teller in schöner Anordnung standen.

„Tout ca", sagte Genevieve und zeigte mit ihrer Hand über den Tisch. „C'est boche. . . . Aber wir haben nichts Anderes. Wir müssen uns also damit behelfen."

Die alte Frau, die neben ihr saß, flüsterte ihr etwas zu und lachte. Genevieve sah aus, als ob sie eine Hornbrille auf habe; sie begann, Tee einzugießen.

„Debussy hat einmal aus dieser Tasse getrunken. . . Sie hat einen Sprung", sagte sie und gab sie John Andrews. „Kennen Sie Mussorgsky, und können Sie etwas von ihm uns nachher spielen?"

„Ich kann überhaupt nichts mehr spielen. . . . Vielleicht nach drei Monaten wieder."

„Oh, niemand erwartet von Ihnen etwas Vollkommenes. Sie sollen uns nur ein wenig unterhalten, das ist alles, was ich will."

Andrews schlürfte seinen Tee langsam, sah dann und wann zu Genevieve hinüber, die plötzlich sehr geschäftig mit Ronsard zu sprechen begonnen hatte. Sie hielt eine Zigarette zwischen den Fingern ihrer langen, dünnen Hand. Ihre großen, hellbraunen Augen waren erstaunt, als ob sie heute zum erstenmal in die Welt hineinschauten. Ein Lächeln erschien und verschwand nalizös wieder auf der Rundung ihrer Wange — in ihren kleinen, festen Lippen. Die ältere Frau neben ihr sah beständig ihre Gäste mit einem komischen Ausdruck von Gastfreundlichkeit an und lächelte verbindlich, so daß man ihre gelben Zähne sehen konnte.

Nachher gingen sie wieder hinüber in das andere Zimmer, und Andrews setzte sich an das Klavier. Das Mädchen saß sehr gerade in einem kleinen Sessel neben dem Klavier. Andrews ließ seine Finger über die Tasten gleiten.

„Sie sagten, Sie kennen Debussy?"

„Ich? Nein. Aber er pflegte meinen Vater zu besuchen, als ich noch ein kleines Mädchen war. Ich bin inmitten von Musik aufgewachsen. . . . Es ist sehr dumm, eine Frau zu sein. Ich bin nicht musikalisch. Natürlich habe ich ein Gefühl für die Musik, wie auch die Tische und Stühle in diesem Hause es nach der vielen Musik haben, die sie gehört haben."

„Haben Sie je La Tentation de Saint Antoine gelesen?" fragte Andrews leise.

„Von Flaubert?"

„Ja."

„Es ist nicht seine beste Arbeit, aber immerhin ein sehr interessanter, wenn auch mißglückter Versuch," sagte sie.

Andrews stand vom Klavier auf, plötzlich sehr irritiert. „Man scheint hier alle Leute zu lehren, das zu sagen," murmelte er. Er bemerkte plötzlich, daß auch noch andere Menschen im Zimmer waren und ging zu Madame Rod hinüber. „Sie müssen mich entschuldigen", sagte er. „Ich habe noch eine Verabredung."

„Aubrey, lassen Sie sich nicht stören, ich komme schon zu spät ich muß mich beeilen."

„Kommen Sie doch bald wieder, uns besuchen."

„Danke schön," murmelte Andrews.

Genevieve Rod begleitete ihn zur Tür.

„Wir müssen einander besser kennen lernen," sagte sie. „Ich mag Sie gern, weil Sie so plötzlich davonlaufen."

Andrews wurde rot. „Ich war sehr aufgeregt," sagte er und drückte ihre dünne, kühle Hand. „Und Ihr Franzosen müßt euch immer daran erinnern, daß wir Barbaren sind. Manche bedauern es zu sein; ich nicht."

Sie lachte, und John Andrews lief die Treppen hinab und hinaus in die graublauen Straßen, wo die Lampen gelblich brannten. Er fühlte irgendwie unsicher, daß er sich wie ein Narr benommen hatte. Mit langen Schritten ging er durch die Straßen des Rive gauche, die voller Menschen waren, nach dem kleinen Weinladen am Quai de la Tournelle, wo ihn Jeanne erwartete.

*

Es war ein Pariser Sonntagmorgen. Alte Frauen in schwarzen Tüchern gingen in die Kirche von Saint Etienne-du-Mont. Drei Tauben spazierten auf den Pflastersteinen herum. Die scharfe Fassade der Kirche, ihr schlanker Turm und die Kuppel warfen auf den Platz davor einen bläulichen Schatten, in dem die Schatten, welche die alten Frauen hinter sich her schleiften, verschwanden, wenn sie in die Kirche hineinhumpelten. Die gegenüberliegende Seite des Platzes und das Gelände des Pantheons waren mit orangefarbenem Sonnenlicht überflutet.

(Fortsetzung folgt.)

Die neue

Sport-Abteilung

des Kaufhauses

RUDOLPH KARSTADT AG

ist eröffnet.

Fußball
Fußballhüllen
„ Blasen
„ Jerseys
„ Hosen
„ Stutzen
„ Stiefel
sowie sämtl. Zubehör

Tennis
Tennis-Schläger (div. Marken)
„ Bälle
„ Netze
„ Pfosten
„ Schuhe
„ Schiedsrichter-Stühle

Hockey
Hockey-Schläger
„ Bälle
„ Torwächter-schienen
„ Ersatzkufen
„ Stiefel

Leichtathletik
Wurfspeere
Sprungstäbe
Disken
Eisenkugeln
Expanter
Turnrecke
usw.

Wassersport
Sportboote mit Segeleinrichtung — Kajacks — Ruderboote
Tourenboote „Italia" für Motorzwecke

Fahrräder nebst Zubehörteilen
Große Auswahl in Sportbekleidung für Fußball und Leichtathletik

Man beachte unsere Schaufenster-Austellung.

Verdingung.
Die Maurer-, Zimmerer-, Dachdecker-, Tischler-, Schlosser-, Glaser-, Maler- und Töpferarbeiten zum Einbau von 5 Schulklassen für die Gemeinde Rensefeld sind zu vergeben.
Zeichnungen und Bedingungen liegen bei dem Unterzeichneten aus.
Rensefeld, 25. 7. 1923.
Der Gemeindevorstand.
(Utesch). (4588

---

künstliche
Gebisse,
einzelne Zähne
kauft ständig
Goldschmied
Tollgreve
92 Königstraße 92
Kostenlose Auskunft.

Geschäftseröffnung!

Hierdurch teile ich meiner geehrten Kundschaft mit, daß ich mein Geschäft von **Pfaffenstraße 2** nach

Hüxstraße 63

verlegt habe.
Die Eröffnung hat am **26. Juli 1923** stattgefunden.
Ich hoffe, meine werte Kundschaft in meinen neuen Geschäftsräumen begrüßen zu dürfen.

A. Frick,
Geschäftsführer der **E. M. Z.**, Lübeck-Berlin.
Ankauf — Verkauf von Gold-, Silber-Bruch, Platin, Brillanten, Juwelen.
Telephon 2447. (4597

Visitenkarten
fertigt an die
Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Freitag und Sonnabend
Eine Partie Harzer Käse
weich Pfund 10 000.—
Gefäße mitbringen.
Fischhalle Hansa,
Fünfhausen 33. (4614

Billige
Damen- u. Herrenkonfektion, Schuhwaren, Textilwaren.
Eleg. Anzüge, Gummimäntel, Hosen, Joppen, Schlüpfer usw., eleg. Damenschuhe schwarz, Stiefel, Herrenstiefel, Halbschuhe, Kinderstiefel, Sandalen, Turnschuhe, Pantoffel usw., elegante Damenmäntel, Blusen, Röcke, Jumper, Strickjacken, Kleiderstoffe, Voiles, Frottés, Flanelle, Anzugstoffe, Bucksin, Julett, Cheviots, Leinen, Betten, Ausneuer, Loden, und Manchester, (4588) Hemdentuch usw.
Noch nicht priemerte Angeben!

Ehlers & Reetwisch
Holstenstr. 1. St. Petri 2 u. 4.
Das bekannte rote Einheitshaus für Arbeiter und jeden Beruf.

Schuhhaus Zentrum
Marktstraße 2
ist bei guten Qualitäten
noch außergewöhnlich billig.
4615 **Waldemar Ludwig.**

Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen

KOLOSSEUM
Sonnabend, den 28. Juli:
Gr. Ball
des Sportclubs „An der Ecke"
(4619) Kassenöffnung 6½ Uhr.

Stadthallen-
Lichtspiele.
Vom 27.—30. Juli, nur 4 Tage auf vielseitigen Wunsch
Dr. Mabuse I. Teil
Der große Spieler
in **10** großen Akten nach dem gleichnamigen Roman der „Berl. Illustr. Ztg." Außerdem:
Joe Martin will Mensch werden.
Lustspiel in 2 Akten. (4589
Verstärktes Orchester!

Freier Wassersportverein Lübeck. E. V.

3. Schwimmfest
Sonnabend, den 28. und Sonntag, den 29. Juli
in der Badeanstalt **Krähenteich** unter Mitwirkung **auswärtiger Vereine.**
Programmfolge u. a.:
Stafetten, Wasserballspiele u. Lampionreigen unter Mitwirkung R. G. L.
Sonntag 1½ Uhr: Abmarsch des Festzuges vom Arbeitersportheim unter Mitwirkung des Trommler- u. Pfeiferkorps.
2½ Uhr: Eröffnung des Schwimmfestes. U. a.: Reigen, Stafetten, Vereinswettkämpfe, Springen, Wasserballentscheidungsspiel und Pantomime.
Ab 6 Uhr: Großer Festball im Gewerkschaftshaus. 4594

Das Ehrendenkmal für die Gefallenen d. Inf. 162. Die Denkmalsweihe und sämtliche mit ihr verbundenen Veranstaltungen werden auf unbestimmte Zeit verschoben. (4591) **Der Denkmalsausschuß.**

---

1. Fischerbuden.
Morgen Sonnabend, den 28. Juli
Gr. Sonder-Konzert
(Sulanke-Orchester).
Ein Abend an der Riviera. 4602

Zentral-Hallen.
Sonnabend u. Sonntag
Gr. Tanzkränzchen. 4608

Hansa-Theater.
Heute Freitag 8 Uhr:
Zum unwiderruflich letzten Male
Der Sensationserfolg
Sherlock Holmes
Detektivkomödie in 4 Akten v. Bozenhard mit **Emil von Dollen** in der Titelrolle.
Sonnabend u. Sonntag 8 Uhr:
Neu einstudiert
Flachsmann als Erzieher
Komödie in 3 Akten von Otto Ernst mit **Emil v. Dollen**, Dir. **Erasmi, Wolf. Vahl**, Dir. **Albert, Matzinger-Stastoy** und **Rösle** in den Hauptrollen. (4582

Voranzeige.
Ab Mittwoch, 1. August 8 Uhr abends:
Gastspiel der Berliner Rotter-Bühnen
mit dem Kaiser-Wilhelm-Bismarck-Drama
„Die Entlassung"
von Emil Ludwig.

Trocadero.
Schüsselbud. 4. F. 787
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Stimmungs-Konzerte. 4579

Stadt-Theater, Lübeck.
Abonnements für Theater, Sinfoniekonzerte, Volkst. Konzerte auf 8 Vorstellungen der „Niederdeutschen Bühne, Hamburg" (letztere für Mitglieder der Plattdeutschen Gilde) werden ab Sonnabend von 9 bis 1 Uhr und von 3 bis 6 Uhr, Sonntags von 9 bis 1 Uhr in der Theaterkanzlei, Eingang Fischergrube angenommen. Grundgebühren von 20 000 bis 600 000 Mk. müssen bei Bestellung entrichtet werden. Prospekte ab Sonnabend in Theaterkanzlei, ab Montag in allen Buchhandlungen. 45..
Die Direktion des Stadttheaters.

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Freitag, 27. Juli 1923. Nummer 173.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 27. Juli.

Mond in der Stadt.

Wenn die Nacht ihren dunklen Mantel über die Stadt gebreitet hat, kommt leise der Mond. Bleich und sacht, fast wie voll Schuld, schleicht er durch leere Gassen, mühsam mit seinem blassen Licht die Dunkelheit durchdringend. Hart an die Mauern gedrängt, geht er langsam von Haus zu Haus, schaut in die Fenster, hinter denen die Menschen schlafen, und geht leise vorüber. Aber an anderen Fenstern bleibt er stehen, zaudernd, voll Erbarmen wie einer, der helfen will und zu schwache Hände hat.

Das sind die Häuser, in denen Menschen wohnen, die nichts vom Segen der Nacht wissen, weil ihre Not sie nicht schlafen läßt, oder die Nacht erwachen, um wachen Auges sinnen und träumen zu können über Dinge, die ihnen der Tag verwehrt. Hier huscht ein schmaler Lichtstreif über ein blondes Kind, das im Hunger weint; dort über ein blasses Gesicht, das mit starren Augen ins Weite blickt. Ein junges Mädchen, vor kurzen Wochen am ersten Kuß froh geworden, weint über einem letzten Briefe, und tröstend streicht der Mond über ihren Scheitel. Aber er darf nicht verweilen. So viele sind noch, die er grüßen, denen er spärliches, aber mildes Licht in ihre Dunkelheit bringen muß. Die denken kaum an ihn und erwarten ihn doch, weil sie sich dann nicht mehr allein fühlen. Manchmal fangen die Menschen auch an, mit ihm zu sprechen. Das sind die, die am einsamsten sind. Freundlich hört er ihnen dann zu und lächelt leise, und wenn die Menschen dies Lächeln sehen, denken sie oft: „Vielleicht wird noch alles gut. . . .“

Da sitzen zwei in einem Zimmer, die sich lieb haben und doch in dieser Nacht nur heftige und bittere Worte für einander fanden. Wie eine Mauer hat sich die Dunkelheit zwischen sie gestellt und sie fühlen sich fremd und allein. Da stiehlt sich heimlich ein silberner Strahl des nächtlichen Wanderers durchs Fenster. Und wie sie aufblicken, sieht jeder, daß die Augen des anderen feucht geworden sind. Da reichen sie sich wortlos die Hände . . .

Und wenn der Mond durch alle Gassen gegangen ist und am anderen Ende der Stadt wieder im Nebelgrau des Morgens verschwindet, weiß er, daß es auch in der Nacht ein Leben und Wachsein gibt, nicht laut und fröhlich, aber innig und duldend — und weiß, daß er Freude und Trost gebracht hat. Die glücklich sind und in der Sonne leben, wissen nicht, wieviel ihnen die Sonne ist; aber die anderen, die im Dunkeln sieben, [illegible] Sehnsucht nach dem kleinsten, silbernen Licht. . . .

Deutschvölkische Schüler als Strandräuber in Travemünde. Ein Republikaner hat Urlaub. Der Familienrat tritt zusammen, es wird beraten, wohin die Reise gehen soll und wie man am besten und billigsten seinen Urlaub verleben kann. Es wurde hin und her überlegt. Große Reisen kann man nicht machen, dazu langen die Moneten nicht. Der Haushaltungsvorstand macht den Vorschlag, Wochenkarten nach Travemünde zu lösen, um sich einige Tage an dem schönen Ostseestrand zu sonnen. Bekanntlich scheint ja die Sonne über Gerechte und Ungerechte. Gesagt, getan. Eines Morgens wird der Rucksack gepackt und die Reise angetreten. In Travemünde angekommen, wurde ein Plätzchen am Strande gesucht und auch bald gefunden. Die Kinder machten sich daran, den gefundenen Platz wohnlich zu gestalten. Neben allen anderen Strandburgen wurde noch eine neue angelegt. Ueberall zeigten die Badegäste auf ihren Strandburgen die Landesfarben. Nur die treudeutschen Lübecker Spießer, die ebenfalls als Tagesgäste in Travemünde sind, erstickten fast in schwarz-weiß-rot. Als Familie, die die Republik achtet und ehrt, wurde selbstverständlich beschlossen, auf unserer Strandburg die Reichsflagge schwarz-rot-gold zu hissen. Lustig flatterte sie im Winde. Aber soweit das Auge reichte, war es die einzigste, die am Strande wehte. Am ersten Tage hörte man nichts Abfälliges über die deutschen Reichsfarben. Das Badeleben wurde nicht gestört, sondern ging seinen gewohnten Gang weiter. Am zweiten Tage sollte es schon etwas anders kommen. Morgens angekommen, die erste Arbeit, die Strandburg wird in Ordnung gebracht, die Reichsfarben wurden gehißt, damit die Kinder, die sich am Strande beschäftigen, wieder zurückfinden können. Wo swarz-rot-dold weht, sagt das kleine Miechen, da ist unser Platz. Die Alten legen sich zur Ruhe. Nach einigen Stunden erdröhnt der Boden, ein dicker Herr, ein echter Lübecker Spießer, stampft durch den Sand. Er bezieht eine Burg nebenan, läßt sich von seinen Angehörigen in schwarz-weiß-rot einhüllen und schnarcht. Nach einigen Stunden kommt er zum Vorschein, kommt aus dem Loch gekrochen wie ein feister Maulwurf, blickt zornig umher, wahrscheinlich ärgerte er sich an den herrlichen Farben auf unserem Strandkorb. Am andern Morgen befindet sich an unserm Strandkorb ein Zettel mit der Aufschrift: Hoch die dritte Internationale. „ein echt Deutschdenkender“. Name fehlte. (Feigling.) In den Vormittagsstunden war alles ruhig. Am Nachmittag rückte die von den treudeutschen Professoren und Studiendirektoren verhetzte deutschvölkische Jugend aus Lübeck heran und unternahm einen Raubzug durch die Strandburgen. Um uns das Konzert im Garten des Städtischen Kursaales anzuhören, verließen wir auf kurze Zeit unsere Strandburg. Nur die Kinder blieben zurück. Jetzt wurde gestürmt, die kleinen Mädchen konnten sich nicht wehren und die Burg war genommen. Die Reichsflagge wurde kaputt geschlagen, ein Freudengeheul wurde angestimmt und das treudeutsche Vaterland war gerettet. Als wir zurückkehrten, machten die Burschen einen Hasen. Die schwarz-rot-goldene Fahne wurde wieder flott gemacht und schon wehte sie wieder in den Lüften. Der Strandwächter, der gerade des Weges kam, wurde auf die Rowdies aufmerksam gemacht und gebeten, die Gesellen zu verjagen. Ja, mein lieber Mann, sagte dieser biedere Wächter, wenn das so leicht wäre; ich habe diese Burschen und Mädels (die letzteren sind noch frecher wie die Burschen) schon so oft gewarnt. Aber mit dieser Gesellschaft ist nichts anzufangen, die sind so frech und lachen mich alten Mann aus. Ich habe mich schon wegen dieses frechen Auftretens an die Schutzleute gewandt, aber diese greifen nicht ein. „Schöne Polizei.“ Das deutschvölkische Gesindel kann machen, was es will, davor muß sich scheinbar ein Republikaner ducken. Weil die republikanische Polizei es so will. Oder kann sie auch anders? Wenn nicht, werden wir zur Selbsthilfe schreiten. H. W.

Weitere Erhöhung der Schleppgebühren auf dem Elbe-Trave-Kanal. Da die Ausgaben für Kohlen, welche die Gebührenhöhe der Schlepplohntarife jetzt ausschlaggebend beeinflussen, seit der erst kürzlich erfolgten Festsetzung der Schlepplöhne bereits infolge der Kohlenpreissteigerungen um mehr als 100 Prozent gestiegen sind, ist mit einer weiteren Erhöhung der Schlepptarife schon in den nächsten Tagen zu rechnen. Wie wir hören, wird von der Handelskammer beim Senat wahrscheinlich eine weitere Erhöhung von 100 Prozent mit Wirkung vom Montag oder Dienstag nächster Woche beantragt werden.

Kunstsalon Ludwig Möller, Mühlenstraße 45, eröffnet am Sonntag, dem 29. Juli, vormittags 12 Uhr, eine Ausstellung von Gemälden des Lübecker Kunstmalers Hans Buch, die besonderes Interesse erregen dürfte, da eine Anzahl größerer Gemälde gezeigt werden, welche für den Musiksaal eines bekannten Großindustriellen bestimmt sind.

Verbot der Umzüge.

Das Polizeiamt hat sämtliche Umzüge, die für Sonntag, den 29. Juli, angesetzt waren, verboten.

Deutsche Notgemeinschaft Lübeck.

Seit acht Monaten wirkt in Lübeck die Deutsche Notgemeinschaft. Ihre Entstehung wurde derzeit angeregt durch einen Aufruf des Reichspräsidenten, der die Schaffung eines großen einheitlichen Hilfswerkes aller im Erwerbsleben stehenden Bevölkerungskreise zugunsten der Rentner, Arbeitsinvaliden und anderer Notleidender bezweckte. Die Deutsche Notgemeinschaft hat in der ersten Zeit ihres Bestehens eine lebhafte Werbetätigkeit entfaltet. Dann mußte sie zurücktreten hinter der großen Sammlung zugunsten der Ruhrhilfe. Die segensreiche Tätigkeit der Deutschen Notgemeinschaft wurde dadurch stark gehemmt, jedoch keineswegs beendet. Denn es flossen der Notgemeinschaft auch weiterhin Beiträge zu; weiterhin zweigte die Ruhrhilfe einen Teil ihrer Eingänge zur Linderung der Not in Lübeck an die Notgemeinschaft ab; und ferner verfügte die Notgemeinschaft über große Warenvorräte, da die gespendeten Gelder, um sie vor Entwertung zu schützen, stets sofort nach Eingang auf einem Konto der Notgemeinschaft — manchmal auch schon vorher — in Waren angelegt waren, die nun allmählich zur Verteilung gebracht werden konnten.

Der organisatorische Aufbau war kurz folgender: Ein Arbeitsausschuß unter Vorsitz von Bürgermeister Neumann, ein Arbeitsausschuß unter Vorsitz von Senator Hoff; dieser Arbeitsausschuß hatte eine Reihe von Unterausschüssen, welche die Aufbringung der Geldmittel aus den einzelnen Berufskreisen, die Presse-Tätigkeit, die Finanzgebarung und die Verteilung bearbeiteten. Alle diese Ausschüsse setzten sich aus Vertretern der an der Aufbringung der Mittel beteiligten Berufskreise zusammen. Dem Verteilungsausschuß trat beratend und ausführend, unter dem Vorsitz des Leiters des Nachrichtenamts, ein kleiner Ausschuß zur Seite, welcher die hauptsächlichen öffentlichen und privaten Wohlfahrtsorganisationen umfaßt: das Wohlfahrtsamt, die Zentrale für private Fürsorge, den Rentnerbund und den Bund der Arbeitsinvaliden. Die Geschäftsführung der Deutschen Notgemeinschaft wurde dem Nachrichtenamt übertragen; die bankmäßige Leitung wurde von Bankdirektor Reise und Prokurist Jarchau von der Darmstädter und Nationalbank wahrgenommen.

An Einnahmen hatte die Deutsche Notgemeinschaft bis zum 6. Juli ca. 53 000 000 Mark zu verzeichnen, und zwar:

I. Spenden von:

1. Beamten, Behördenangestellten und Schulen	3 093 364,— M
2. Eisenbahngesellschaften	1 354 525,— M
3. Angestellten und Arbeitern	1 821 106,65 M
4. Firmen und Einzelpersonen	820 800,— M
5. Landwirtschaft	1 325 412,— M
6. Kaufmannschaft	33 194 325,— M
7. Innungen	280 791,— M
8. Ruhrhilfe	10 000 000,— M
9. Possehl-Stiftung	1 000 000,— M

II. Sonstige Einnahmen:

1. Verkauf von Säcken	404 000,— M
2. Zinsen	1 843,03 M
	53 296 166,68 M

Hierzu kommen noch Naturalspenden von seiten der Landwirtschaft, der Gärtner, der Hansa-Meierei, der Schlachter usw. In den letzten Tagen waren noch einige größere Spenden von verschiedenen Beamtengruppen zu verzeichnen. Die zahlenmäßige Uebersicht der Einnahmen gibt vielleicht kein ganz richtiges Bild, da der Geldwert inzwischen starke Veränderungen durchgemacht hat. Von dem effektiven Wert der gespendeten Gelder mag die Uebersicht über die vorgenommenen Verteilungen ein klareres Bild ergeben.

Die Ausgaben setzten sich wie folgt zusammen:

1. Lebensmittel	21 118 260,05 M
2. Brennmaterial	5 200 000,— M
3. Hemden und Strümpfe	4 816 184,— M
4. Produktive Arbeitsfürsorge	2 250 000,— M
5. Erwerbslose	3 270 000,— M
6. Jugendamt für Milchspeisung	1 938 000,— M
7. Rentnerspeisung	1 500 000,— M
8. Bekleidung für Schulentlassene	1 200 000,— M
9. Besondere Zuweisungen durch die Kaufmannschaft	9 044 325,— M
10. Barverteilung	199 584,— M
11. Ausgaben der Geschäftsstelle einschließl. Propaganda, Porto, Drucksachen, Bankspesen	247 238,63 M
	50 783 591,68 M

Es wurden hauptsächlich folgende Warenverteilungen vorgenommen: Die erste Verteilung von je drei Pfund Zucker und Gerstengrütze wurde in den Monaten Dezember bis Februar durchgeführt und zwar wurden 5584 Personen beliefert. Die zweite Verteilung von 2½ Pfund Zucker und 1½ Pfund Gerstengrütze fand Februar bis April statt; es wurden 5300 Personen beliefert. Eine Verteilung von Kohlen wurde in den Monaten Dezember bis Februar durchgeführt; es wurden 2000 Personen mit durchschnittlich 2 Zentnern beliefert. Eine Verteilung von Hemden und Strümpfen fand Februar bis April statt, nach vorheriger Anfertigung durch die Zentrale für private Fürsorge. Die Verteilung geschah durch den Rentnerbund, das Wohlfahrtsamt, die Zentrale für private Fürsorge und den Bund der Arbeitsinvaliden. Eine weitere Verteilung von Reis findet jetzt statt, beliefert werden daraus ca. 5300 Personen mit je 2 Pfund. Der Restbestand von Zucker und Gerstengrütze, insgesamt ca. 30 Zentner, ist der Bezirksfürsorge des Wohlfahrtsamts überwiesen. Der Restbestand an Reis, ca. 4000 Pfund, steht noch der Notgemeinschaft zur Verfügung. Bei der Beschaffung und Verteilung von Waren haben mehrere Groß- und Kleinhandelsfirmen sowie der Konsumverein mitgewirkt und ihre Hilfe der Deutschen Notgemeinschaft kostenlos zur Verfügung gestellt.

Die übrigen Verteilungen sind aus der obigen Ausgabenaufstellung ersichtlich. Auffällig mag der geringe Betrag für Barverteilungen sein. Die Tatsache ist aus zwei Gründen erklärlich. Erstens bestehen die oben angeführten besonderen Zuweisungen durch die Kaufmannschaft fast ausschließlich in Barverteilungen an notleidende Personen und Organisationen. Zweitens erhielt die Deutsche Notgemeinschaft, zur Vermeidung von Doppelunterstützungen, fortlaufend Mitteilung über die Verteilung von Sonderspenden, größtenteils solche aus dem Ausland, die ebenfalls als Barunterstützungen ausgegeben wurden, sodaß die Notgemeinschaft selbst sich im wesentlichen auf Unterstützung mit Sachgütern beschränken konnte.

Neben der materiellen Hilfe, die den Bedürftigen durch die Deutsche Notgemeinschaft zuteil wurde, sind zwei Punkte besonders zu erwähnen: 1. Alle erwerbstätigen Bevölkerungskreise hatten sich hier zu einem großen Hilfswerk vereinigt und 2. die großen öffentlichen und privaten Hilfsorganisationen fanden sich hier in enger, einträchtiger Zusammenarbeit.

Mit einem kleinen Restbestand von Lebensmitteln steht die Deutsche Notgemeinschaft heute großen neuen Aufgaben gegenüber. Wo sollen die Tausende von Unterstützungsbedürftigen das Geld hernehmen, um nur einen kleinen Vorrat an Brennmaterialien für den Winter zu beschaffen? Weiterhin, je mehr wir uns dem Winter nähern, umso mehr wird man an die Beschaffung von Kartoffeln und anderm Wintervorrat denken müssen. Die fortschreitende Geldentwertung hat für die Bedürftigen eine Lage geschaffen, wo es der großzügigen privaten Hilfe bedarf. Wenn auch die Not im Ruhrgebiet ständig unsere Teilnahme und unsere Gebefreudigkeit verlangt, dann dürfen wir doch darüber die Not in der eigenen Stadt nicht vergessen.

Dr. Rudolf Stinten.

Papierpreiserhöhung. Wie aus Hamburg mitgeteilt wird, ist mit einer dreifachen Papierpreiserhöhung ab 1. August zu rechnen. Kostete bisher das Kilo Papier 7600 Mk., so soll es nunmehr 20 000 Mk. kosten. Hinzu treten für die Zeitungsherstellung noch weitere notwendige Materialien, die ebenfalls wesentlich im Preise gestiegen sind. Ferner müssen Löhne und Gehälter in Einklang mit der Teuerung gebracht werden, so daß mit einer Verdreifachung des Zeitungspreises zu rechnen sein wird.

Kartoffeldiebstähle. Wir werden von Arbeitern, die auf der Karlshöfer Feldmark von der Finanzbehörde Kartoffelland gepachtet haben, gebeten, die Behörde darauf aufmerksam zu machen, daß es dringend geboten erscheint, die Feldpolizei zu verstärken. Einem der Geschädigten wurden 4 Ruten Frühkartoffeln gestohlen.

Oeffentliche Sitzung des Seeamts am Sonnabend, dem 28. Juli 1923, vormittags 10 Uhr, im Zimmer Nr. 40 des Gerichtshauses. Zu verhandelnde Sache: Strandung des deutschen Seglers „Nanna“ am 9. Juni 1923 vor Wiborg.

Die Einweihung des Ehrenmals auf spätere Zeit verschoben. In Anbetracht der gegenwärtigen schwierigen politischen Lage hat der Denkmalsausschuß beschlossen, die Einweihungsfeier des Ehrenmals am Sonntag, dem 29. Juli, nicht stattfinden zu lassen, sondern auf unbestimmte Zeit zu verschieben.

Aus dem Polizeibericht. Wegen des dringenden Verdachtes, Setzmaschinenmetall gestohlen zu haben, wurde ein 20jähriger Klempner aus Teterow i. Mecklenburg festgenommen. — Bei einem Einbruchsdiebstahl zum Nachteil eines Schiffszimmermanns in der Alexanderstraße überrascht und festgenommen wurde ein wohnungs- und stellungsloser Arbeiter aus Wilhelmsburg. — In letzter Nacht mittelst Einbruchsdiebstahls zum Nachteil der Kraftverkehrsgesellschaft „Nordmark“ wurden folgende Gegenstände gestohlen: 2 Rollen Käse, 1 Fliegerhaube mit Brille, 3 Pelzmäntel, 10 Schläuche, 5 Magnete und eine gestreifte Hose. — Ein Fahrrad, Marke „Panzer“, mit hohem Rahmenbau, doppelter Federung, schwarzem Gestell und Felgen wurde einem Malermeister gestohlen. — Bei einem hiesigen Produktenhändler wurde eine Lagerschale aus Rotguß, im Gewichte von 3¼ Kgr. beschlagnahmt, da der Erwerb derselben nicht einwandfrei nachgewiesen werden konnte. Es ist anzunehmen, daß die Lagerschale aus einem Diebstahl herrührt. Der eventuelle Eigentümer derselben wird ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

Badeanstalt Falkendamm. Die Wasserwärme betrug heute früh 11 Uhr 18 Grad, die Luftwärme 12 Grad.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Gewerkschaftsvorstände! Am Dienstag, dem 31. d. M., findet eine äußerst wichtige Vorständekonferenz statt. Sämtliche Vorstandsmitglieder haben zu erscheinen. Wir bitten über diesen Tag nicht anderweitig zu verfügen. Anzeigenteil am Sonnabend durchsehen. Der Vorstand des ADGB.

Schwartau-Rensefeld. Morgen Sonnabend 8 Uhr im Gasthof Transvaal Parteiversammlung. Vortrag des Gen. Rechtsanwalt Brehmer über gemeinnützige Siedlungspolitik. Erscheinen aller Genossinnen und Genossen Pflicht!

Hansa-Theater. Heute, Freitag, 8 Uhr, zum letzten Male „Sherlock Holmes“ mit Emil v. Dollen in der Titelrolle. Sonnabend und Sonntag 8 Uhr: „Flachsmann als Erzieher“, Komödie in 3 Akten von Otto Ernst, mit Emil v. Dollen, Dir. Erasmi, Vahl, Wolf, Dir. Albert, Matzinger-Stastny, Rösle in den Hauptrollen.

Angrenzende Gebiete.

Landesteil Lübeck. Die Regierungsbeamten in Eutin haben sich beschwerdeführend an die Regierung in Eutin gewandt, wegen der verspäteten Zahlung des ihnen zustehenden Gehaltes resp. der Nachzahlungen. Sie weisen vor allem hin auf den Vorteil, den die Reichsbeamten haben, die einige Wochen früher in den Besitz der Nachzahlungen kommen; bei der rasend zunehmenden Geldentwertung bedeuten 2—3 Wochen einen ungeheuren Verlust. Interessant ist es, welchen Weg ein Beamtengehalt von Berlin nach Eutin oder gar nach einem Dörfchen des Landes macht. Zuerst wandert es von Berlin nach Bremen, Reichsbankstelle Oldenburg; dann nach Oldenburg, wo die Verteilung an die einzelnen Landesteile erfolgt. Das Geld für unser Land geht nun noch lange nicht nach Eutin, Gott bewahre! Das wandert erst nach Lübeck an der Trave, Reichsbankstelle Eutin. Dann gehts im beschleunigten Tempo an die Regierungskasse in Eutin. Inzwischen ist den Gemeinden im Anzeiger f. d. Frstt. Lübeck die Genehmigung erteilt worden, die Gelder auszuzahlen. Die Gemeinden reichen die Verrechnungen ein, die Regierungskasse überweist den schnöden Mammon an die Provinzialbank und die überreicht das sehnlichst Erwartete an die Bank der betr. Gemeinde, und wenn der Beamte inzwischen nicht gestorben ist, dann kann er sichs holen. Und während so sein Gehalt wandert, ist auch der Dollar von 186 auf 300 gewandert, und er? Er „legt seine Steuern auf den Tisch und strampelt mit die Beene“. Aber die Lehrer im Lande sind doch bessere Menschen als die Eutiner Beamten, sie beschweren sich nicht, sie schimpfen nur, und Schimpfen ist gesund, denn es wirkt ähnlich wie Rizinus.

Hamburg. Meiereibutter 88000 Mark. Die Butter-Notierungs-Kommission des Vereins der Fettwaren- und Delikatessen-Händler Hamburg-Altonas von 1887 setzte den Preis für allerfeinste Meiereibutter im Laden per Pfund auf 88 000 Mk. fest, abfallende stellt sich entsprechend billiger. — In der heutigen Sitzung hat die Hamburger Butternotierungskommission folgende Notierung herausgegeben: Großhandelsabrechnungspreis, ab Meiereistation ohne Fässer, per 1 Pfund netto, reine Tara, ohne Detort: 1. Klasse 66 000 Mark, Bauernbutter 10 Prozent weniger.

Harburg. Eine „glänzende“ Abfindung. Ein Arbeiter bezog seit 1911 eine Unfallrente von 10 Prozent. Er erhielt in Friedenszeiten 99,70 Mk. in Gold, heute in Papier, da die Geldentwertung bei den Renten nicht berücksichtigt ist. Da dieser Rentenbetrag heute sicher keine Rolle im Haushalt spielt, bietet die Hannoversche Baugewerks-Berufsgenossenschaft eine Abfindung an, und zwar den 25fachen Betrag der Jahresrente, insgesamt 2492,50 Mk. „Das würde bedeuten, daß wir Ihnen Ihre Rente für 25 Jahre im voraus zahlen.“ Der Arbeiter erhebt gegen die Abfindung keine Einwendungen. Er hat die Berufsgenossenschaft nur gebeten, den Betrag für die 25 Jahre umfassende Rente so zu erhöhen, daß er dafür wenigstens ein Ei kaufen könne.

Bremen. Auf richterliche Anordnung erfolgte gestern im Bureau der Kommunistischen Partei und bei zahl-

[illegible] Parteifunktionären eine Durchsuchung durch Beamte der politischen Polizei. Zahlreiches Material wurde dabei beschlagnahmt. Mit Rücksicht auf das schwebende Verfahren kann über die Veranlassung und den Erfolg der Maßnahme zurzeit noch nichts Näheres mitgeteilt werden.

Geesthacht. Leichenräuber. Der plombierte Eisenbahnwaggon, in dem sich die Leiche des hier beim Baden ertrunkenen Studenten befand, wurde in der letzten Nacht auf der Station Kirchwärder erbrochen. Die Diebe wollten den Zinksarg stehlen, in dem die Leiche nach dem Rheinlande transportiert werden soll. Die Spitzbuben wurden jedoch durch hinzukommende Beamte in ihrem Vorhaben gestört und entwichen in der Richtung Hamburg.

Zur Nachahmung empfohlen!

Einen sehr vernünftigen Beschluß hat der Vorstand des Handels- und Industrievereins in Schleswig gefaßt. Nach den „Schleswiger Nachrichten" hat der Beschluß folgenden Wortlaut:

„Die Not der Presse erfordert, daß alle wirtschaftlichen Kreise sie durch Zuwendung von Anzeigenaufträgen, Druckaufträgen und durch Aufrechterhaltung des Bezuges unterstützen. Angesichts der besonderen Bedeutung der Presse für die Allgemeinheit, besonders für die Wirtschaft, empfehlen wir der Industrie und dem Handel unseres Bezirks, zur Erhaltung einer wirtschaftlich unabhängigen Presse beizutragen."

Ein Beschluß, der **von viel Einsicht und Verständnis zeugt und zur Nachahmung zu empfehlen ist.**

Und in Lübeck **erhalten blos bürgerliche Druckereien mit** und ohne Zeitungsbetrieb **Druckaufträge von den Behörden.** Die Arbeiterpresse wird in Lübeck absichtlich vergessen. Wie wäre es, wenn unsere Genossen im Senat einmal die Frage zur Erörterung stellen würden.

Sport.

Ein spannendes Fußballwettspiel findet am Sonnabend, dem 28. Juli, abends 7 Uhr, auf dem Kasernenhof statt. Es ist der Freien Sportvereinigung Lübeck gelungen, den Sportverein Helios von 1910 aus Limbach in Sachsen zu verpflichten. F. S. V. wird in neuer Aufstellung spielen und es dürfte ein spannender Kampf werden. Die sportliebende Arbeiterschaft wird um Unterstützung gebeten.

NB. Am Sonntag, dem 29. Juli, morgens 10 Uhr, spielt auf dem Kasernenhof A. T. V.-Moisling I gegen F. S. V.-Moisling II. Moisling spielt in neuer Aufstellung.

Ferner den Mitgliedern der F. S. V. zur Kenntnis, daß am Freitag, dem 3. August, im Arbeitersportheim, Hundestraße, eine Versammlung sämtlicher Spieler und Nichtspieler stattfindet.
4617) **K. Gatermann.**

Freier Wassersportverein Lübeck (e. V.) veranstaltet am Sonnabend, dem 28. und Sonntag, dem 29. Juli, in der Badeanstalt Krähenteich sein drittes Schwimmfest, zu dem folgende auswärtige Vereine gemeldet sind: Hamburg, Wandsbek, Hinschenfelde, Altona, Sande-Bergedorf, Wismar, Schwerin und Berlin-Neukölln. Da sehr viele Quartiere benötigt werden, mögen sich die Quartiergeber am Sonnabend abend, abends 10 Uhr, im Arbeiter-Sportheim, Hundestraße, einfinden. Alles Nähere siehe Inserat. (4618

Briefkasten.

Streitende. Breitbarth (Eisenkönig) gastierte vor einem Jahr in Lübeck mit dem Zirkus Corty-Althoff. 2000 Mk. Kampffonds.

Offener Brief.

Seit ich Angestellter der Hansa-Meierei bin, habe ich unzählige Drohbriefe bekommen. Das war schon **vor** dem Kriege der Fall, während des Krieges und auch jetzt in der schlimmen Nachkriegszeit. Nun erhalte ich aber nicht nur anonyme Drohbriefe, die ich still beiseite legen würde, da man sich mit Leuten, die die tollsten Unwahrheiten verwenden, ohne den Mut zu haben, auch ihren Namen zu nennen, schlechterdings nicht unterhalten kann. Was wichtiger ist, das ist, daß in letzter Zeit häufig auch gesprächsweise von Leuten, denen man Vernunft und klares Urteil zutrauen sollte, ebenfalls von mir, dem „bösen Bastian" von der Hansa-Meierei, behauptet wird, ich treibe die Milch- und Butterpreise in die Höhe. Nur aus diesem Grunde sehe ich mich veranlaßt, einmal in Kürze die wirklichen Verhältnisse hier klarzustellen. Ich habe zwar nicht allzuviel Hoffnung, mit meinen Ausführungen überall zu überzeugen, aber ich schreibe auch nur für die, die die ernstliche Absicht haben und die gesunde Veranlagung, objektiv und gerecht zu prüfen. Leute belehren zu wollen, die die Ursachen der hohen Preise im Lande einem einzelnen Angestellten zuschieben, mache ich gar keinen Versuch.

Einen anonymen Brief, der mir in den letzten Tagen zuging, möchte ich allerdings auszugsweise hier auch mitteilen. Die Ueberschrift lautet: **„An den Raubritterhäuptling der Hansa-Meierei."** In dem Briefe heißt es unter anderem: Nichts, garnichts kann Ihre wahnsinnige Preistreiberei entschuldigen . . . Im Namen der mißbrauchten Bevölkerung verlangen wir von Ihnen die unverzügliche Aufgabe des bisher betriebenen Raubbaues, **eine schleunige und wesentliche Herabsetzung** der Milch- und Butter-Preise . . . In Ihrem eigenen Interesse raten wir Ihnen, sofort damit zu beginnen, die Preise auf ein vernünftiges Maß herabzusetzen und unserer eindringlichen Warnung Gehör zu schenken, sofern Sie noch Ihren gesunden Menschenverstand haben, andernfalls wird dafür Sorge getragen werden, daß Sie einer der ersten sind, die an die Wand gestellt werden, wenn das Volksgericht, das binnen kurzem in Tätigkeit treten wird, mit den heutigen skandalösen wirtschaftlichen Zuständen schnell ein Ende machen wird und die Volksverräter und Ausbeuter ihrem Schicksale zuführen wird . . . Unterzeichnet ist das Schreiben **„das Exekutivkomitee des Volksgerichtes."**

Da ich nicht die Macht habe, die Preise zu machen, habe ich auch nicht die Macht, die Preise herabzusetzen. Würde aber aus irgend einem Grunde der Wunsch des Exekutivkomitees des Volksgerichtes erfüllt, und die Preise würden herabgesetzt, während sie im übrigen Deutschland steigen, dann sollte der Briefschreiber mal sehen, wie schnell Lübeck ohne Milch und Butter wäre.

Wie sind nun in Wahrheit die Verhältnisse? Die Butterpreise werden weder von mir, der ich nur der erste Angestellte eines Geschäftes bin, noch von den Landwirten festgesetzt, sondern von Kaufleuten in Hamburg. Ich bin an der Hansa-Meierei nicht einmal pekuniär beteiligt und gehöre auch seit etwa einem Jahr nicht mehr der Milchpreiskommission an. Ich setze also die mir anvertrauten Waren nur zu Preisen ab, die mir von ganz anderer Seite vorgeschrieben werden. Man kann mir ebenso wenig einen Vorwurf wegen der Höhe dieser Preise machen, wie etwa dem Kohlenverkäufer oder dem Kleiderverkäufer, wenn er seine Waren zu Preisen verkaufen muß, die andere Stellen festlegen.

Niemand bedauert den hohen Milchpreis mehr als ich selbst. Gern möchte ich wieder die Zeiten haben, wo die Milch mit 20 Pfg. verkauft wurde, denn ich persönlich verdiene heute, bei all den hohen Preisen, etwa ein Viertel dessen, was ich in Gold bei einem Preise von 20 Pfg. verdient habe. Daraus wird jeder verständlich finden, wenn ich den alten Preis und den alten Verdienst herbeiwünsche.

Wie entsteht nun der Milchpreis?

Die Landwirtschaft um Lübeck verlangt, wie es hier in der ganzen Gegend, Hamburg, Kiel usw., üblich ist, den 10. Teil des Butterpreises. Zahle ich diesen Preis nicht, erhält die Hansa-Meierei und damit Lübeck keine Milch, keine Butter. Die Landwirte würden die Milch dann eben dahin liefern, wo man ihnen gerne diesen, von den Behörden anerkannten Preis zahlt. Heute kostet die Butter Mk. 48 000.— im Großhandel. Demnach erhält der Landmann als zehnten Teil Mk. 4800.— ab Hof für einen Liter Milch. Auf diesen Preis habe ich armer „Raubritterhäuptling" genau so wenig Einfluß wie etwa das Exekutivkomitee des Volksgerichtes.

Daß neue Unternehmungen leider noch darangehen, die Preise auf dem Lande zu überbieten, indem sie dem Landmann den neunten Teil des Butterpreises für seine Milch bieten, wenn er nur an sie, anstatt an andere Unternehmungen liefert, ist bedauerlich. Das ist in Wahrheit Preistreiberei, und wenn ich gegen solche Machenschaften mit Anzeigen vorging, so sehe ich darin nur eine Wahrung der Interessen der Milchverbraucher, also des Volkes. Vielleicht beschäftigt sich das „Exekutivkomitee des Volksgerichtes" zunächst einmal mit diesen preistreibenden Unternehmungen. Den hiesigen Behörden ist die Adresse dieser Preistreiber bekannt.

Es haben sich doch auch Gesellschaften hier gegründet, welche die Milch besser und billiger liefern wollten als die Hansa-Meierei. Daß diese die Milch nicht billiger verkaufen können, und Butter kaum nach Lübeck hereinbringen, sollte doch dem „Exekutivkomitee des Volksgerichtes" ein klein wenig zu denken geben, denn wenn der Lübecker Milch- und Buttermarkt verlockend wäre, würde man auch diese Gesellschaften hier am Platze mit mehr Milch und Butter bemerken.

Nun kostet aber die Milch in Lübeck nicht Mk. 4800.—, sondern Mk. 6000.—. Es liegt also zwischen dem Preis beim Landmann ab Hof und dem Kleinhandelspreis in der Stadt eine Spanne von Mk. 1200.—. Das sind 25 Proz. des Preises, welchen der Landmann erhält. Die 25 Proz. sind nicht nur der Hansa-Meierei, sondern allen Milchhändlern Lübecks als Handelsspanne zugewiesen. Lübeck hat damit die niedrigste Handelsspanne aller **Groß-Städte in Deutschland,** obwohl in den meisten übrigen Städten die Händler die Milch meist nur vom Bahnhof abzuholen brauchen, während in Lübeck die Milch **ab Hof** abgeholt werden muß. Daß andere Städte 30 bis 40 Proz. Handelsspanne zubilligen, obwohl dort die Heranschaffungskosten ganz wesentlich niedriger sind als in Lübeck, während wir hier mit einer Spanne von 25 Proz. auskommen, obgleich noch der ganze Transport, sei es mit Fuhrwerk oder Bahn, von der Meierei zu decken ist, ist nur möglich dank der von mir geschaffenen Organisation. Daß durch diese Organisation, die ich als mein Verdienst in Anspruch nehme, die Milch zurzeit Mk. 1000.— und mehr billiger ist, als in den Nachbar-Großstädten (Hamburg) könnte doch von verständigen Lübeckern nur begrüßt werden.

In der Friedenszeit zahlte man dem Landmann im Durchschnitt für einen Liter Milch 12 Pfg. Diese Milch wurde mit 20 Pfg. in der Stadt gehandelt. Es bestand damals also eine Spanne von 8 Pfg. pro Liter gleich 66 Prozent. Damals war allerdings die von uns geschaffene verbilligende Organisation noch nicht vorhanden. Wenn wir heute bei zugegebener besserer Verwertung der Nebenprodukte mit 25 Prozent Spanne auskommen, so ist diese in Deutschland einzig dastehende Leistung ein wesentlicher Vorteil für die Verbraucher. Beweis: Hamburg und Kiel, die nicht durch Großbetriebe, wie die Hansa-Meierei versorgt werden, haben Milchpreise, **welche ca. Mk. 1000.—** höher pro Liter als in Lübeck sind, obgleich der Landmann um Hamburg **und Kiel nicht mehr für** seine Milch bekommt als der Landmann um Lübeck, sondern eher weniger.

Wer wirtschaftlich denken kann und denken will, wer aber auch gerecht denken **will,** der vergleiche die obigen, an den „Raubritterhäuptling der Hansa-Meierei" gerichteten Anwürfe, Beleidigungen und Drohungen mit den hier gegebenen Zahlen. Das Exekutivkomitee des **Volksgerichtes** wird also noch viel zu lernen haben, wenn es gerecht urteilen will.

Gern hätte ich, anstatt an dieser Stelle, der Exekutive des Volksgerichtes **die Zusammenhänge** hier direkt klargelegt. Da aber der freundliche Einsender des Exekutivkomitees **des Volksgerichtes** vergessen hat, Namen und Adresse anzufügen, war dieses leider nicht möglich.

Ob die Handelsspanne von 25 Prozent, auf welche ich allein Einfluß hätte, als **wucherisch** bezeichnet werden kann, können ja diejenigen, die Zahlen und Wirtschaftsfragen **beurteilen können,** an folgender Aufstellung selbst einmal nachprüfen, welche die Ausgaben des Bedarfs **der Hansa-**Meierei enthält:

Aufstellung für die Woche vom 20. bis 27. Juli 1923.

Löhne		1914	23. Juli 23	das Wievielfache	
männl. Arbeiter die Woche	Mk.	26.—	ca. 750 000.— mit Nachzahlungen	28 800fache	
weibl. Arbeiter die Stunde	„	0.18	7 100.—	39 400 „	
Steinkohlen	„	1.12	115 000.—	102 600 „	
Elektrischer Strom	„	0.4½	3 000.—	66 600 „	
Pergamentpapier	„	0.64	42 000.—	65 600 „	
Maschinenöl	„	0.34	34 000.—	100 000 „	
Eisenbedarf	„	0.20	10 840.—	54 000 „	
Treibriemen	„	3.—	360 000.—	120 000 „	
Benzin	„	0.26	24 000.—	92 300 „	
Benzol	„	0.16	22 000.—	137 500 „	d. Höchste
Milch (ab Hof)	„	0.12	4 800.—	40 000 „	
Milch (im Stadtverkauf)	„	0.20	6 000.—	30 000 „	d. Niedrigste
Margarine	„	0.70	40 000.—	57 000 „	
Städtisches Wasser	„	0.10	4 180.—	42 000 „	
Butter	„	1.40	58 000.—	41 400 „	

Darf man uns, wenn man gerecht ist, die wir unser Produkt mit 25 Prozent Handelsspanne verhandeln und für unser Produkt das 30- und 40 000fache des Friedenspreises nehmen, des Wuchers zeihen? Vergleichen Sie doch obige Zahlen, die mit unseren Produkten zusammenhängen, **und dann** urteilen Sie selbst.

Wie froh würden wir sein, wenn man uns nur das 30 000fache für unsere **Bedarfsartikel** abnähme.

Daß ich in den letzten Wochen die treibende **Kraft** mit war, daß die **Landwirtschaft in einer** Verbilligungsaktion für Milch bis 100 Millionen aufbringt, sei für Leute mit gerechter Gesinnungsart nebenbei bemerkt.

Ein Vergleich der Zahlen des Vielfachen, was wir zu zahlen haben, im Vergleich **zu unserer** Handelsspanne, die im Frieden 8 Pfg. war, jetzt Mk. 1200.—, also das 15 000fache beträgt, **zeigt** doch gewiß, daß von der Hansa-Meierei kein Wucher getrieben wird und eine Entlohnung für **die** Hansa-Meierei mit dem 15 000fachen der Friedensentlohnung als Wucher hinzustellen, bedeutet **ganz** gewiß eine üble Absicht, nichts weiter, als eine absichtliche Verdrehung der Tatsachen, denn **welches** Geschäft kann heute noch mit dem 15 000fachen aus.

Nach diesen Darlegungen hoffe ich, daß mir kein wirklich verständiger Mensch mehr **den Vorwurf** der Preistreiberei machen wird. Nur der Hansa-Meierei und ihrer Organisation ist es, wie gesagt, zu danken, daß wir in Lübeck noch immer Milchpreise haben, die wesentlich unter **denen der** benachbarten und **nicht teurer einkaufenden Städte liegen.**

Ob auch das Exekutivkomitee des Volksgerichtes überzeugt sein wird, weiß ich nicht. **Es hängt** dieses allein davon ab, ob es überzeugt sein will oder nicht.

Ich schrieb dieses alles auch nicht etwa aus Furcht um meine Person, sondern **lediglich in** Rücksicht auf die Hansa-Meierei, die ich im Interesse Lübecks vor übler Nachrede **und Schaden bewahrt** sehen möchte. Wie Lübecks Milchversorgung werden würde, ohne die große Milchversorgungs-Organisation der Hansa-Meierei, das kann nur jemand beurteilen, der die Verhältnisse genau kennt.

Ob nun mein Schreiben etwas nützen wird? Bei denen, die sich in die lächerliche Idee verbissen haben, daß „Bastian" die Milch- und Butterpreise mache, ganz gewiß nicht, **aber es wird** doch wohl selbst in dieser schlechten Zeit Leute geben, die sich sachliches Denken **bewahrt haben, und** nur für die schreibe ich.

Hansa-Meierei, G. m. b. H.

Bastian. (4568

Amtlicher Teil

Der Senat hat den Referendar **Häusler** zum Assessor ernannt. (4595

Auf Grund von Artikel 123 Abs. 2 der Reichsverfassung werden hierdurch für den Freistaat Lübeck alle Versammlungen unter freiem Himmel, mit Einschluß der Umzüge, bis auf weiteres verboten.

Lübeck, den 26. Juli 1923. (4605

Der Polizeiherr.
Otto Friedrich, Senator.

Das Gesetz- u. Verordnungsblatt
der freien und Hansestadt Lübeck Nr. 58 vom 27. Juli 1923 enthält: (4592

[illegible] zu der Bekanntmachung vom 17. Januar 1923, betreffend Erhöhung des Orts- und Liegegeldes, S. 281. — Zweiter Nachtrag zu der Ordnung für die ärztlichen Heilanstalten der freien und Hansestadt Lübeck vom 15. Mai 1915, S. 281.

Höchstpreise für Markenbrot
ab 28. Juli 1923:

Roggengrobbrot	1900 Gramm	11 500.—	Mk.
Graubrot	1500 „	12 500.—	„
Feinbrot	1500 „	12 500.—	„

Lübeck, den 27. Juli 1923.
4587) **Das Landesversorgungsamt.**

Höchstpreis für Vollmilch ab 28. Juli 1923 ℳ 6000.— je Liter. Der festgesetzte Preis ist Höchstpreis im Sinne des Höchstpreisgesetzes. Überschreitungen werden auf Grund der Preistreibereiverordnung bestraft.
Lübeck, den 27. Juli 1923.
4616) [illegible]

Nichtamtlicher Teil

Ges. jg. Mädchen v. d. Lande für leichte Arbeit im Hause. Zu erfragen 4601) Dornestr. 41, I.

Möbl. Zimmer von Dauermieter gesucht. Ang. u. C 80 a. d. E. (4595

Solider junger Kaufmann sucht gut möbliertes Zimmer. (4586 Ang. u. C 79 a. d. Exp.

Für 3 Herren auf 2 bis 3 Wochen möbl. Zimmer ab 1. August gesucht. Auch Zimmer m. 2 Betten werden berücksichtigt. Ang. u. C 81 a. d. E. (4600

Heute Nacht starb nach langem Leiden unser lieber Sohn, Bruder und Schwager (4613
Gustav Lehmkuhl
im Alter von 19 Jahren.
Tief betrauert von den Angehörigen
Christian Lehmkuhl und Familie.
Beerdigung Montag, den 30. Juli, 3 Uhr, Vorwerker Friedhof.

1 Gehrock u. 1 Dam.-Jacket z. verk. 4609 Flandernstr. 9a, I.

Guterh. [illegible] Kinderwag. z. verk. od. z. vert. g. Klapp- od. Promenadenwagen. Näheres 4603) Königstr. 45, H. I.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Lübeck.
Am 25. Juli starb unser Kollege (4611
Johann Maiborg.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, dem 30. Juli, vormittags 8½ Uhr, auf dem Burgtor-Friedhof statt.
Die Ortsverwaltung.

Feldbettstelle zu verk. 4599 Pauistr. 17 b.

Für Siedler. Zu verk. 2 eis. Fenster, 56×65 mit Glas. (4606 Mori, Schulweg 7.

Alle, die nicht in der Lage sind, die neu angebotenen Aktien der Bk. für Handel u. Gewerbe zu beziehen, werden gebeten, ihre Adresse umgehend mit Angabe der Anteilzahl anzugeben unter **C 82** a. d. Exp. d. Blattes. (4610

Schuhmacher-Säulen-Maschine fast neu, billig zu verkaufen. 4604) Wickedestr. 34, I.

Junger Terrierhund zu verkauf., 4 Mon. alt. 4607) An der Mauer 5, I.

Zu kaufen ges. ein P. guterh. D.-Spangensch. Gr. 39. Ang. m. Preis u. **C 78** a. d. Exp. (4584

Verloren silb. Dam.-Uhr m. Armband. Geg. Belohn. abzugeben 4612 Depenau 37, I.

Die Verlobung mit Fräulein **Martha Vogel** ist meinerseits aufgehoben. 4590
Johannes Wilhöft.

Ich, Kapitän **A. Eves,** hafte nicht für die Schulden meiner Mannschaft
Engl. Dampfer „**Millpool**"
4577 Herrenwyk.

Wand- u. Fußbodenplatten
Adolf Borgfeldt.

Ankauf von Gold-, Silb.-Bruch, Platin. (4580
Uhrmacher **Hübner,** Fünfhausen 13.